

2007

Bericht über das Geschäftsjahr

2007 | Bericht über das Geschäftsjahr

Herausgeber

Sächsische Aufbaubank
– Förderbank –
Pirnaische Straße 9
01069 Dresden
Tel. 0351 4910-0
Fax 0351 4910-4000
www.sab.sachsen.de

Redaktion

Sächsische Aufbaubank
– Förderbank –
Wild Kommunikation

Konzept und Gestaltung

Wild Kommunikation

Produktion

Messedruck Leipzig GmbH

Bericht über das Geschäftsjahr 2007

Lagebericht	5
Bericht des Verwaltungsrates	24
Förderbericht	25
Jahresbilanz 2007	28
Gewinn- und Verlustrechnung	32
Anhang zum Jahresabschluss	35
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	53

1. Rahmenbedingungen

Organisatorische und rechtliche Rahmenbedingungen

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB) ist das zentrale Förderinstitut des Freistaates Sachsen. Sie ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Die Bank unterstützt den Freistaat Sachsen bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben. Die rechtliche Grundlage sind vor allem das Gesetz zur Errichtung der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (FöfdbankG) vom 19.06.2003 sowie die am 15.09.2003 vom Verwaltungsrat erlassene Satzung.

Der Freistaat Sachsen hat die SAB mit Anstaltslast und Gewährträgerhaftung ausgestattet. Die Organe der Bank sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Den Vorsitz im Verwaltungsrat führt der Sächsische Staatsminister der Finanzen. Das Sächsische Staatsministerium der Finanzen führt die Rechtsaufsicht über die SAB. Der Beirat der SAB pflegt den Erfahrungsaustausch zwischen Bank, Wirtschaft, Verwaltung und Politik. Er berät und unterstützt Vorstand und Verwaltungsrat bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Die SAB gehört der Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH sowie dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands an.

Die SAB wird ausschließlich marktergänzend in eigenem Namen und auf eigene sowie fremde Rechnung für den Freistaat Sachsen oder andere öffentliche Stellen tätig. Da die Bank nicht am allgemeinen Wettbewerb teilnimmt, unterliegt sie weder der Körperschaft- noch der Gewerbesteuerpflicht.

Entsprechend ihres Förderauftrags konzentriert sich die Tätigkeit der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – auf den Freistaat Sachsen. Zur Verbesserung der Kundenkommunikation hat die Bank neben ihrem Sitz in Dresden und dem Kundencenter in Chemnitz im Jahr 2007 ein Kundencenter in Leipzig errichtet.

Die SAB ist zuständig für die Durchführung der Förderung in den im FöfdbankG aufgezählten Bereichen. Hierzu gehören insbesondere die Gewähr-

ung und Verwaltung von Darlehen, Zuschüssen und sonstigen Finanzierungshilfen sowie die Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen auf den Gebieten der Wirtschaftsförderung, Wohnungsbau-, Infrastruktur- und Städtebauförderung sowie der Arbeitsmarktförderung und der Umwelt- und Landwirtschaftsförderung.

Im April 2007 startete die SAB ein Kostensenkungsprojekt. Im Rahmen einer Ist-Analyse wurden mit externer Unterstützung und anhand von Benchmarks Potentiale zur Kostenreduzierung identifiziert. Die mit dem Kostensenkungsprojekt verbundenen Ziele werden größtenteils bis zum 31.12.2008 realisiert sein. In einem ersten Schritt wurde die Aufbauorganisation der SAB umstrukturiert und die Anzahl der Abteilungen von 21 auf 17 reduziert. Dabei wurden verschiedene Abteilungen zusammengefasst und drei neue Abteilungen (Infrastruktur und Städtebau, Fördersteuerung und Bestandsverwaltung) geschaffen. Die Abteilung Fördersteuerung führt zukünftig die grundsätzlichen Abstimmungen und Verhandlungen mit den Mittelgebern durch und setzt diese in Produkte um. In der Abteilung Bestandsverwaltung wurden die Verwendungsnachweisprüfungen, Vor-Ort-Prüfungen und Rückforderungsverfahren zentralisiert.

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – kann sich mittel- oder unmittelbar an wirtschaftlichen Unternehmen beteiligen. Zu den unmittelbaren Beteiligungen der SAB zählt neben der SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH, der Sächsisches Staatsweingut GmbH, der Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH, der Bürgschaftsbank Sachsen GmbH, der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH und dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) seit Juni 2007 die Sächsische Energieagentur – SAENA GmbH (SAENA). Die SAENA initiiert und begleitet Vorhaben des Klimaschutzes. Zu ihren Aufgaben gehören außerdem die Initialberatung zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Einsatz erneuerbarer Energien unter Einbeziehung von Fördermöglichkeiten, der Aufbau gezielter Weiterbildungsprogramme und zielgruppenspezifischer Kampagnen sowie die Netzwerkbildung zum Erfahrungs- und Informationsaustausch.

Wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen

Sachsen verzeichnete 2007 ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im Freistaat um 2,7% (2006: + 2,8%). Den stärksten Impuls für die positive wirtschaftliche Entwicklung lieferte wie in den Vorjahren das verarbeitende Gewerbe mit einem Anstieg der Bruttowertschöpfung von 13,2%. Die Bruttowertschöpfung des Bauhauptgewerbes im Freistaat lag um 1,5% unter dem Vorjahresniveau. Der Großhandel entwickelte sich korrespondierend zur bundesdeutschen Entwicklung schwächer. Im sächsischen Einzelhandel hellte

sich das Geschäftsklima nach einer kräftigen Eintrübung im Jahr 2006 leicht auf. Der demographische Wandel beeinflusst im Freistaat Sachsen alle Lebensbereiche. Einzig die beiden Kreisfreien Städte Leipzig und Dresden können einen leichten Bevölkerungszuwachs verzeichnen. Die demographische Entwicklung Sachsens wird geprägt durch niedrige Geburtenzahlen und zunehmende Alterung der Bevölkerung. Für die SAB sind die Auswirkungen des demographischen Wandels auch wegen ihres großen Engagements im Wohnungsbau besonders bedeutsam.

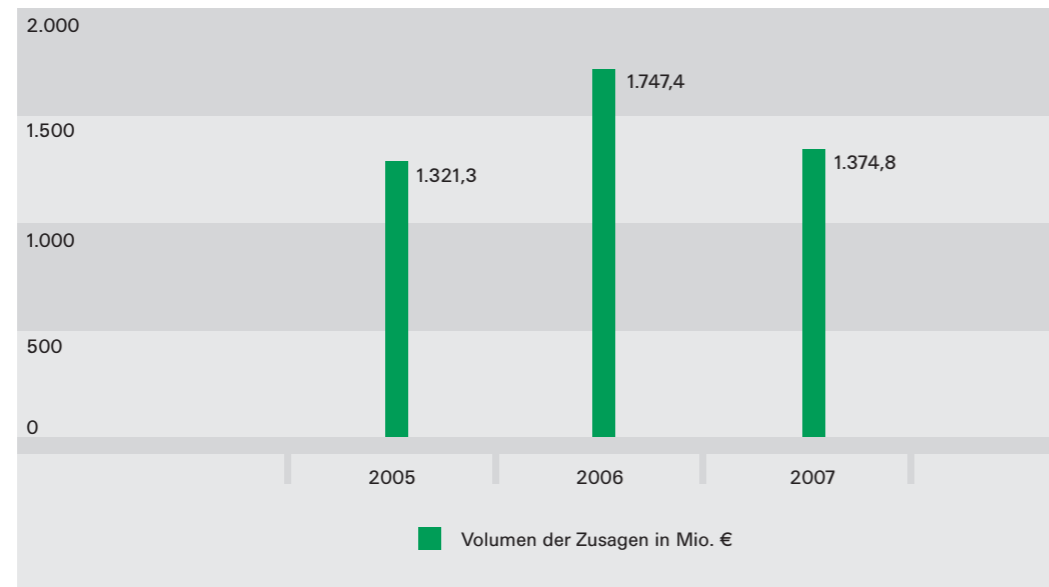
2. Geschäftsentwicklung

2.1 Allgemein

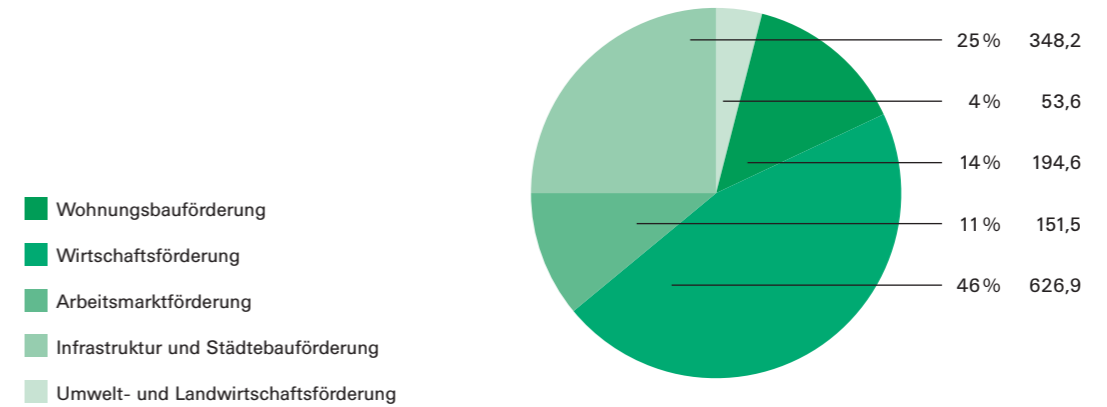
Im Geschäftsjahr 2007 betrug das Neugeschäftsvolumen der SAB 1.374,8 Mio. € und lag damit deutlich unter den Vorjahreszahlen (1.747,4 Mio. €). Die Planvorgaben konnten allerdings um rund

100 Mio. € übertroffen werden. Die Qualität des Neugeschäfts entsprach den Vorgaben der Risikostrategie und trug zur Stärkung der Risikotragfähigkeit bei.

Entwicklung des Neugeschäfts in den Jahren 2005 bis 2007

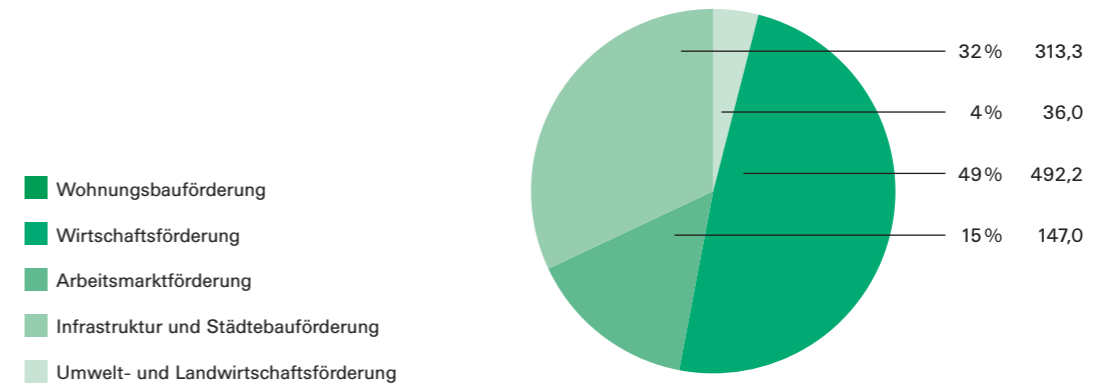


Neugeschäft insgesamt 2007 nach Förderbereichen (in Mio. €)

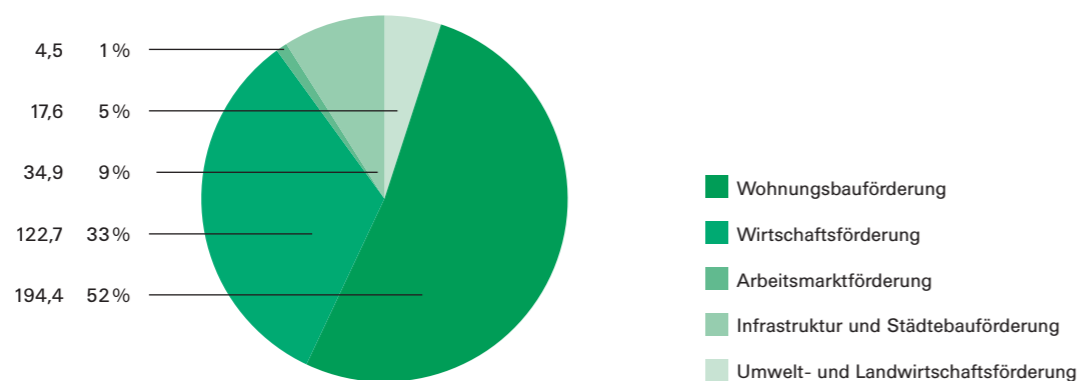


Das Neugeschäft in Form von Zuschüssen lag mit 988,7 Mio. € deutlich unter dem Vorjahresniveau (1.353,1 Mio. €). Dies ist vor allem auf Vorzieheffekte im Jahr 2006 zurückzuführen.

Neugeschäft in Form von Zuschüssen 2007 nach Förderbereichen (in Mio. €)



Neugeschäft in Form von Darlehen 2007 nach Förderbereichen (in Mio. €)



2.2 Geschäftsentwicklung der einzelnen Förderbereiche

Wohnungsbauförderung

Ziel der Förderung ist die Verbesserung der Wohnraumsituation im Freistaat Sachsen. Dazu führt die Bank im Bereich der Eigentums- und Mietwohnungsbauförderung die vom Freistaat Sachsen übertragenen sowie bankeigene Förderprogramme durch.

Im Rahmen der Wohnungsbauförderung reichte die SAB Darlehen in Höhe von 194,4 Mio. € aus (2006: 236,2 Mio. €). Das Darlehensneugeschäft entfiel dabei größtenteils auf die Durchleitung von KfW-Förderprogrammen, insbesondere auf das KfW-Sanierungsprogramm Wohnraum Modernisieren und das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm. Das Auslaufen der Eigenheimzulage und die Mehrwertsteuererhöhung führten zu einem Rückgang bei der Planungs- und Bautätigkeit bei Ein- und Zweifamilienhäusern in Sachsen. Die Neuzusagen für Förderfinanzierungen nahmen im Jahr 2007 aus diesem Grund ab.

Im April 2007 startete die SAB die Darlehensprogramme Eigentümersicherung, Mehrgenerationenwohnen und Energetische Sanierung. Sie wurden gut angenommen. Im Programm Energetische Sanierung können auch Zuschüsse für Beratungen gewährt werden. Insbesondere die Wohnungsgenossenschaften nutzten das Programm Mehrgenerationenwohnen zur nachträglichen bedarfsgeordneten Anpassung ihres Wohnungsbestandes.

Infrastruktur- und Städtebauförderung

Der Förderbereich Infrastruktur- und Städtebauförderung richtet sich vor allem an öffentliche Kunden. Dazu zählen Kommunen, kommunale Zweckverbände sowie soziale Institutionen und Bildungseinrichtungen. Schwerpunkte bilden die Programme der Städtebauförderung sowie die Schulhausbauförderung.

Seit 2007 ist die SAB für die Programmabwicklung der Investiven Schulhausbauförderung und Investiven Sportstätten- und Vereinsförderung, für das Programm Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz sowie für Fördermaßnahmen zur Bewältigung des demographischen Wandels zuständig. Bei den beiden letztgenannten Programmen entscheidet die Sächsische Staatskanzlei über die Auswahl der Projekte.

Die EU-Gemeinschaftsinitiative Interreg III A wird in der Förderperiode 2007 bis 2013 durch das Ziel-3-Programm abgelöst.

Im Rahmen der Infrastruktur- und Städtebauförderung konnte das Neugeschäft im Vergleich zum Vorjahr um 30,1 % auf 348,2 Mio. € ausgebaut werden. Diese Steigerung ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2007 erstmals die Programme der Schulhausbau- und Sportstättenförderung von der SAB durchgeführt wurden. Erwartungsgemäß verhalten verlief das Darlehensneugeschäft mit den Kommunen.

Wirtschaftsförderung

Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen ist das grundlegende Ziel der Wirtschaftsförderung. Im Bereich Wirtschaftsförderung betrug das Neugeschäftsvolumen 626,9 Mio. € und lag damit um 124,7 Mio. € über dem Plan. Das Niveau des Vorjahres (877 Mio. €) konnte allerdings nicht erreicht werden. Grund dafür ist ein Vorzieheffekt im Jahr 2006 im Programm Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Gut angenommen wurde das Förderprogramm Gründungs- und Wachstumsfinanzierung, in dem Darlehen mit einem Volumen von 97,1 Mio. € bewilligt wurden (2006: 81,8 Mio. €). Auch beim Förderprogramm Krisenbewältigung und Neustart wurde mit 4,1 Mio. € ein deutlich höheres Volumen von Darlehen und Zuschüssen als im Vorjahr bewilligt (1,4 Mio. €). Das Förderprogramm Sächsischer Consultant Fonds wurde verhalten nachgefragt. Im Rahmen der Mittelstandsförderung wurden neue Förderprogramme aufgenommen. Insgesamt gab es ein großes Interesse an den Programmen der Mittelstandsförderung, das erneut zu hohen Bewilligungszahlen führte.

Die Technologieförderung als Teil der Wirtschaftsförderung entwickelte sich überplanmäßig, obwohl es auch hier im Jahr 2006 einen Vorhol-effekt gab. Das Neugeschäft konnte um 7,8 % auf 124,9 Mio. € gesteigert werden. In der Technologieförderung konnte die Bank ein neues Förderprogramm zur Verbesserung der Forschungsinfrastruktur und für Forschungsvorhaben mit anwendernaher Ausrichtung anbieten.

Arbeitsmarktförderung

Die SAB führt die vom Freistaat übertragenen Förderprogramme im Bereich der Arbeitsmarktförderung im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) durch. Die Förderprogramme unterstützen beispielsweise Maßnahmen der betrieblichen und überbetrieblichen Berufsausbildung, der berufsbegleitenden Weiterbildung und der Existenzgründung sowie der Einstellung von Arbeitnehmern aus der Arbeitslosigkeit. Zur Unterstützung von Gründungs- und Festigungsvorhaben wird ein Mikrodarlehen angeboten. Das Neu-

geschäft des Förderbereiches ESF verzeichnete im Geschäftsjahr 2007 eine positive Entwicklung. Insgesamt konnten Zuschüsse mit einem Volumen von 151,5 Mio. € ausgereicht werden, die bedingt durch den Anlauf der neuen Förderperiode knapp unter dem Niveau des Vorjahres (155,9 Mio. €) lagen.

Umwelt- und Landwirtschaftsförderung

Im Bereich Umwelt und Landwirtschaft fördert der Freistaat Sachsen vor allem landwirtschaftliche Unternehmen sowie kommunale Aufgabenträger und Eigenbetriebe. Das Neugeschäft betrug 53,6 Mio. € und lag deutlich unter dem Plan. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Finanzierungen über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) erst im Spätherbst beginnen konnten. Zur Steigerung der Energieeffizienz und um einen Beitrag zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie zum Klima- und Immissionsschutz zu leisten, wurde das Förderprogramm Steigerung der Energieeffizienz in KMU sowie Klimaschutz/Erneuerbare Energien gestartet.

Beteiligungen

Die Bank kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen. Hierbei handelt es sich ausschließlich um strategische Beteiligungen.

Im Überblick stellt sich das Beteiligungsportfolio der SAB wie folgt dar:

Beteiligung	Unternehmensgegenstand	Anteil in %	Anteil nominal in €
verbundene Unternehmen			
SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft (SBG)	Mezzanine-Finanzierung unter anderem durch typisch stille und offene Beteiligungen, nachrangige Darlehen, strategische Managementunterstützung, Kontakte zu Kooperationspartnern/zum Netzwerk	100	110.000
Sächsisches Staatsweingut GmbH (SSW)	Sanierung, Entwicklung und Betrieb des Staatsweingutes Wackerbarth	100	25.000
Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH (BPWS)	Vorbereitung und Durchführung von Businessplan-Wettbewerben und damit in Zusammenhang stehender Dienstleistungen	100	25.000
Sächsische Energieagentur – SAENA GmbH (SAENA)	Sächsisches Kompetenzzentrum für die Bereiche Energieeffizienz, Einsatz erneuerbarer Energien und Klimaschutz in Sachsen	49	12.250
Bürgschaftsbank Sachsen GmbH (BBS)	Übernahme von Ausfallbürgschaften gegenüber Kreditinstituten und Leasinggesellschaften sowie Garantien gegenüber Beteiligungsgesellschaften für Beteiligungen an Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft	6	766.937
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH (MBG)	Erwerb und Verwaltung von typisch stillen und direkten Beteiligungen an kleinen und mittleren Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft aller Wirtschaftszweige und an Existenzgründungen in Sachsen	12	1.278.229
Europäischer Investitionsfonds (EIF)	Unterstützung kleinerer und mittlerer Unternehmen, insbesondere im technologisch innovativen Bereich, über Garantien und Eigenkapitalbeteiligungen	0,17	5.000.000

Die SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH hat seit ihrer Gründung insgesamt 225 Beteiligungen mit einem Volumen von 106,4 Mio. € zugesagt. Das Neugeschäft belebte sich nach verhaltenem erstem Halbjahr deutlich, so dass die Gesamtjahresplanung übertroffen werden konnte. Weil einzelne Beteiligungsprojekte nicht realisiert werden konnten, blieben die Auszahlungen hinter den Erwartungen zurück. Der Beteiligungsbestand blieb auf Vorjahresniveau. Ertrag, Risiko und Vermögen entwickeln sich weiterhin stabil und positiv.

Mit der Beteiligung der Bank an der SSW und mittelbar an ihren beiden Töchtern, der Wein- und Sektkontor Radebeul GmbH und der Sektkellerei Wackerbarth GmbH, unterstützt die SAB den Freistaat Sachsen bei der Erhaltung der sächsischen Weinkulturlandschaft. Die SSW erzielte im Geschäftsjahr 2007 ein negatives Ergebnis, das im Vergleich zum Vorjahr jedoch deutlich verbessert werden konnte. Zwischen dem Sächsischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit und der SAB konnten im September 2007 die Vereinbarungen über die

Durchführung der beiden nächsten futureSAX-Wettbewerbe 2007/2008 und 2008/2009 abgeschlossen werden. Die Ertragslage der BPWS ist stabil.

Die SAENA nahm ihre Geschäftstätigkeit am 20.06.2007 auf. Seither fanden eine Vielzahl von Beratungen und Vorträgen statt, deren inhaltliche Schwerpunkte in den Themen Wärmeerzeugung

in Gebäuden, erneuerbare Energien und energetische Sanierung lagen. Außerdem wurden zahlreiche Projekte und die Netzwerkarbeit begonnen. Die BBS und die MBG zeigten im Berichtsjahr eine stabile Entwicklung. Der EIF entwickelt sich stabil. Im Jahr 2007 fand eine Kapitalerhöhung statt, an der die SAB teilnahm.

3. Ertragslage

Die wesentlichen Ertrags- und Aufwandskomponenten haben sich wie folgt entwickelt:

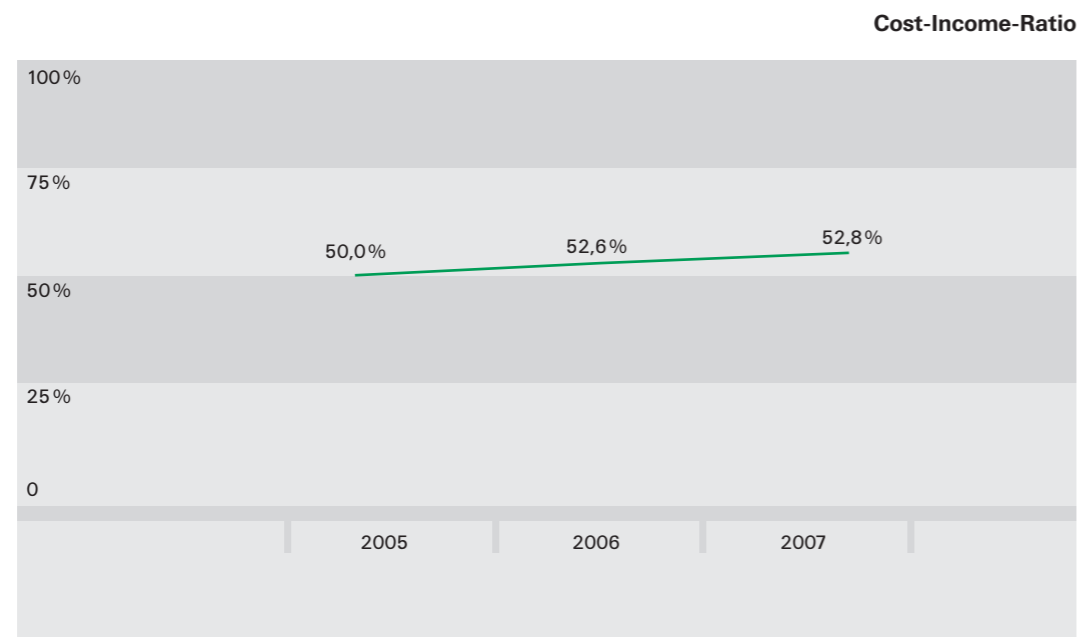
	2007 Mio. €	2006 Mio. €
Zinsüberschuss	90,9	87,6
Provisionsüberschuss	34,4	37,3
ordentliche Aufwendungen	66,2	65,7
- Personalaufwendungen	42,3	43,0
- Sachaufwendungen	23,9	22,7
sonstiges Ergebnis	2,8	3,7
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	61,9	62,9
Neutrales Ergebnis	3,2	4,8
Außerordentliches Ergebnis	60,0	60,0
Risikovorsorge	27,1	53,8
Bildung von Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB	97,0	73,0
Jahresüberschuss	1,0	0,9

Trotz des Abschmelzens des Darlehensbestandes konnte der Zinsüberschuss gesteigert werden, während der Provisionsüberschuss rückläufig war. Die Personalaufwendungen lagen unter dem Vorjahr und konnten im Vergleich zum Plan weiter gesenkt werden. Die Effekte aus dem Kostensenkungsprojekt werden erst zum Ende des Jahres 2008 spürbar. Die Sachaufwendungen nahmen im Vergleich zum Vorjahr zu, blieben aber ebenfalls unter dem Plan. Die Position Sonstiges Ergebnis beinhaltet das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften, sonstige

ordentliche Erträge und sonstige Aufwendungen. Die Risikovorsorge betrug 27,1 Mio. € (2006: 53,8 Mio. €). Das Außerordentliche Ergebnis betraf im Jahr 2007 ebenso wie im Jahr 2006 eine Zuweisung des Freistaates Sachsen zur Stärkung der Eigenmittel. Die Zuführung zur Vorsorgereserve für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB in Höhe von 97,0 Mio. € resultierte mit 60,0 Mio. € aus der Zuweisung des Freistaates Sachsen und mit 37,0 Mio. € aus dem Betriebsergebnis.

Das Jahresergebnis betrug 1,0 Mio. € (2006: 0,9 Mio. €). Dieser Jahresüberschuss wird in Höhe von 0,2 Mio. € der satzungsmäßigen Rücklage zugeführt. Der Restbetrag von 0,8 Mio. €

wird in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt. Die Cost-Income-Ratio, d.h. das Verhältnis der ordentlichen Aufwendungen zum Zins- und Provisionsergebnis, liegt bei 52,8% (2006: 52,6%).



4. Finanz- und Vermögenslage

Die Bilanzsumme der SAB belief sich 2007 auf 10.009,8 Mio. € (2006: 11.064,4 Mio. €). Die Verminderung erklärt sich aktivisch mit den um 1.502,1 Mio. € auf 7.371,9 Mio. € zurückgegangenen Forderungen an Kunden. Auf der Passivseite stand dem im Wesentlichen eine Verringerung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 892,8 Mio. € auf 8.709,3 Mio. € und gegenüber Kunden um 43,9 Mio. € auf 480,5 Mio. € gegenüber.

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich auf 1.250,4 Mio. € (2006: 903,9 Mio. €), davon Darlehen im Hausbankverfahren in Höhe von 302,2 Mio. € (2006: 234,0 Mio. €). Die SAB hat Wertpapiere im Gesamtvolumen von 1.253,5 Mio. € im Bestand (2006: 1.163,0 Mio. €).

Die Bank hat 2007 Investitionen in Höhe von 3,0 Mio. € getätigt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 8.709,3 Mio. € (2006: 9.602,0 Mio. €) setzten sich hauptsächlich aus Refinanzierungsdarlehen bei der Landesbank Sachsen Girozentrale, Landesbank Baden-Württemberg, Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank, Kreditanstalt für Wiederaufbau und Europäischen Investitionsbank zusammen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden belaufen sich auf 480,5 Mio. € (2006: 524,4 Mio. €) und resultieren vor allem aus bewilligten, aber noch nicht ausgezahlten Fördermitteln. Der Bestand an ausschließlich zu Sicherungszwecken getätigten Derivatgeschäften betrug zum Stichtag 4.681,0 Mio. € (2006: 4.402,0 Mio. €). Die Derivate werden vornehmlich zur Zinsbuchsteuerung eingesetzt.

Das Stammkapital der Bank beträgt 260,0 Mio. €. Die Schuldscheindarlehen mit Nachrangabrede belaufen sich auf 140,1 Mio. € (2006: 263,1 Mio. €).

Das haftende Eigenkapital gemäß Grundsatz I der Bank liegt nach Feststellung des Jahresabschlusses per 31. Dezember 2007 bei 690,0 Mio. € (2006: 635,8 Mio. €). Nach Feststellung des Jahresabschlusses beträgt die Kernkapitalquote 8,0% (2006: 6,8%). Die Kennziffer gemäß Grundsatz I liegt bei 15,0 (2006: 11,9).

Die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage sind geordnet. Die Zahlungsfähigkeit ist gegeben.

Personalbericht

Am 31.12.2007 beschäftigte die SAB drei Vorstände und 768 Mitarbeiter (2006: 750), davon 136 Mitarbei-

ter mit zeitlich befristeten Arbeitsverträgen (2006: 142). 114 Mitarbeitern (2006: 96) ermöglichte die SAB die Arbeit in Teilzeit (ohne Altersteilzeit), um Familie und Beruf besser zu vereinbaren. 41 Mitarbeiter befanden sich zum 31.12.2007 in Mutterschutz, Elternzeit oder sonstigen Freistellungen (2006: 31). Außerdem waren 17 Mitarbeiter in der Ruhephase der Altersteilzeit (2006: 13). Auf Vollbeschäftigteneinheiten umgerechnet, betrug die aktive Personalkapazität am Jahresende 695,0 (2006: 684,6). Es kamen 79 Leiharbeiter (2006: 75) und 7 Aushilfen (2006: 17) zum Einsatz, die die Abteilungen bei der Realisierung von Aufgaben unterstützten.

Alters- und Geschlechtsstruktur der Mitarbeiter zum Stichtag 31. Dezember 2006

	weibliche Personen (Vorjahr)	männliche Personen (Vorjahr)	alle Personen (Vorjahr)
unter 30 Jahre	49 (60)	28 (29)	77; 10% (89; 11,9%)
30-39 Jahre	200 (202)	87 (90)	287; 37,4% (292; 38,9%)
40-49 Jahre	161 (152)	95 (85)	256; 33,3% (237; 31,6%)
50-59 Jahre	99 (89)	30 (26)	129; 16,8% (115; 15,3%)
über 60 Jahre	7 (6)	12 (11)	19; 2,5% (17; 2,3%)
alle Altersklassen	516; 67,2% (509; 67,9%)	252; 32,8% (241; 32,1%)	768; 100% (750; 100%)

Der Anteil der Frauen an der gesamten Zahl der Mitarbeiter beträgt 67% (2006: 68%).

Der Altersdurchschnitt der Mitarbeiter der SAB lag zum Jahresende 2007 bei 40,9 Jahren (2006: 40,3). Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ergibt sich damit eine Erhöhung um 2,1 Jahre. Im Jahr 2007 wurden 66 Mitarbeiter neu eingestellt (2006: 109), 48 Mitarbeiter verließen die SAB (2006: 75). Die Fluktuationsquote beruht vorwiegend auf dem Schließen und Auslaufen von befristeten Arbeitsverhältnissen. Bei regulären

Neueinstellungen werden bei gleicher Eignung schwer behinderte Bewerber/-innen bevorzugt.

Dies regelt eine mit dem Personalrat der Bank geschlossene Integrationsvereinbarung. Zum Stichtag beschäftigte die SAB 17 Schwerbehinderte (2006: 14).

Das im Rahmen des Kostensenkungsprojekts definierte Einsparpotential soll überwiegend durch eine Verminderung der Personalkosten erreicht werden. Die SAB setzt dabei auf den flexiblen Einsatz von Arbeitskräften (zeitliche Befristun-

gen, Leiharbeitnehmer) und Altersteilzeitregelungen. Betriebsbedingte Kündigungen wurden und werden nicht eingesetzt. Für die Mitarbeiter gelten die Vereinbarungen des Manteltarifvertrages für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken. Es wurden 678 Mitarbeiter tariflich (2006: 659) und 90 Mitarbeiter außertariflich vergütet (2006: 91). Im Rahmen der Umsetzung der Ergebnisse des Kostensenkungsprojekts werden im ersten Quartal 2008 alle Stellen einer Neubewertung hinsichtlich ihrer tarifgerechten Einstufung unterzogen. Das Gehaltsgefüge ist so bemessen, dass qualifiziertes Personal gehalten und gefunden wird. Die tariflich vorgegebene Regelarbeitszeit in der SAB beträgt 39 Stunden pro Woche. Die mit dem Personalrat der Bank abgeschlossene Dienstvereinbarung lässt den flexiblen Einsatz der Mitarbeiter entsprechend dem tatsächlichen Arbeitsanfall und ein arbeitnehmerseitiges Zeitmanagement zu. Im Jahr 2007 hat die Bank mit 13 Mitarbeitern (2006: 16) eine Altersteilzeit-Vereinbarung geschlossen. Insgesamt 47 Mitarbeiter befanden sich am Jahresende 2007 in Altersteilzeit. Die sonstige personalvertretungsrechtliche Abrede zur Altersteilzeit gestaltet den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand sozialverträglich und nutzt die Altersteilzeit als Instrument der mittel- und langfristigen Personalpolitik. Im Jahr 2007 nahmen 559 Mitarbeiter (2006: 437) an 179 externen (2006: 166) und 83 internen (2006: 65) Maßnahmen teil. Es handelte sich um ein- oder mehrtägige Seminare, Trainings und Workshops mit den inhaltlichen Schwerpunkten Kredit, Verwaltungsrecht und Informationstechnologie. Insgesamt investierte die Bank ca. 701.000 € in die berufliche Förderung ihrer Mitarbeiter. Die Umstrukturierung der Aufbauorganisation führte zu einer Veränderung von Aufgabengebieten und Zuständigkeiten bei einem Teil der Mitarbeiter und Führungskräfte. Insbesondere an die Führungskräfte bestand der Anspruch, sich schnell in die neuen oder zusätzlichen Aufgaben einzuarbeiten. Auch junge Führungskräfte wurden an neue Aufgaben herangeführt. Vor diesem Hintergrund ist die Ausbildung und Unterstützung von Führungsnachwuchskräften, jungen sowie erfahrenen Führungskräften weiterhin von großer

Bedeutung. Erneut wurden deshalb Programme und Einzelmaßnahmen durchgeführt, um die Führungskräfte bei der Bewältigung dieser Aufgaben zu unterstützen. Einmal jährlich wird mit allen Beschäftigten ein Mitarbeitergespräch durchgeführt. Mitarbeiter und Führungskräfte bekommen ein Feedback über die Leistungen und die Qualität der Zusammenarbeit. Gleichzeitig können gemeinsame Ziele für die Zukunft, abgeleitet aus den Zielen der Bank und der jeweiligen Organisationseinheit, vereinbart werden. Im Jahr 2007 gab die SAB fünf Studenten die Möglichkeit, eine praktische Ausbildung in den Fachrichtungen Wirtschaftsinformatik oder Bankwirtschaft im Rahmen ihres betriebswirtschaftlichen Studiums an der Berufsakademie Sachsen bei der SAB aufzunehmen. Insgesamt befanden sich damit am Jahresende 2007 15 Studenten in einem Ausbildungsverhältnis mit der SAB. Im letzten Jahr schlossen vier Studenten diese Ausbildung ab, von denen drei durch die SAB übernommen wurden. Die praktische Ausbildung der Fachrichtung Bankwirtschaft erfolgt im Verbund mit der Ostsächsischen Sparkasse. Zusätzlich beschäftigte die SAB bis Oktober 2007 fünf Praktikanten, die einen postgradualen Studiengang zur Erreichung des Abschlusses Master of Business Administration (MBA) belegen.

6. Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres 2007 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für den Lagebericht eingetreten.

7. Risikobericht

Die SAB ist das landeseigene Förderinstitut des Freistaates Sachsen. Als solches übt die SAB das Bankgeschäft nicht in allen seinen Formen aus. Die Risikostruktur wird vielmehr vom Förderauftrag des Freistaates bestimmt. Deshalb sind die Risiken in Höhe und Struktur gering diversifiziert. Die SAB ist vom Freistaat Sachsen mit Anstaltslast und Gewährträgerhaftung ausgestattet. Außerdem haftet der Freistaat Sachsen für die von der Bank aufgenommenen Darlehen und die von der

Bank begebenen Schuldverschreibungen, für die als Festgeschäfte ausgestalteten Termingeschäfte, die Rechte aus Optionen und andere Kredite an die Bank sowie für Kredite, soweit sie von der SAB ausdrücklich gewährleistet werden. Die SAB ist ein Kreditinstitut im Sinne des § 1 Abs. 1 KWG. Sie unterliegt den bankaufsichtlichen Normen und damit den Anforderungen an ein angemessenes Risikomanagement im Sinne des § 25a Abs. 1 KWG sowie den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Darüber hinaus hat sie handels-, förder- und haushaltsrechtliche Regelungen zu beachten.

Risikomanagement

Die SAB verfügt über ein Risikomanagement- und -controllingsystem. Die zugehörigen Prozesse werden in strategische (jährliche) und operative (unterjährige) Risikosteuerungs- und -controllingprozesse gegliedert. Zu den strategischen Prozessen gehören die Überprüfung der Geschäfts- und Risikostrategie sowie die Durchführung der Risikoinventur zur Identifizierung und Beurteilung von Risiken. Die operativen Prozesse umfassen die regelmäßige qualitative und quantitative Bewertung der Risiken und erforderlichenfalls deren Limitierung, die turnusmäßige und Ad-Hoc-Berichterstattung, die Steuerung der Risiken und die Überwachung von Maßnahmen. Die Elemente, Methoden, Verfahren und Parameter des Risikomanagement- und controllingsystems sowie Verantwortlichkeiten sind in einem für alle Mitarbeiter zugänglichen Risikohandbuch dokumentiert. Darüber hinaus gelten weitere Arbeitsanordnungen und Fachhandbücher der im Intranet eingestellten Schriftlich Fixierten Ordnung. Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Steuerung aller Risiken der Bank. Er ist für das Risikomanagement- und -controllingsystem verantwortlich. Dieses entspricht dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt der Geschäfte der SAB unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit. Die Verantwortlichkeit des Vorstandes umfasst auch die regelmäßige Überprüfung und Weiterentwicklung des Systems. Im Jahr 2007 lag der Schwerpunkt der Weiter-

entwicklungen des Risikomanagement- und -controllingsystems auf der Einführung eines Sicherheitenverwaltungssystems sowie auf der weiteren Verbesserung der Berichterstattung. So wurde beispielsweise die bisher separate Berichterstattung über Zinsänderungsrisiken in die Risikoberichterstattung überführt. Der Turnus der Berichterstattungen reicht von täglich bis quartalsweise, in Abhängigkeit vom Berichtsgegenstand. Unabhängig davon gibt es Ad-Hoc-Berichterstattungen. Der Vorstand gibt die Ziele, Strategien und internen Kontrollverfahren für das Risikomanagement vor. Grundlage für die Gesamtbanksteuerung ist die Risikostrategie. Sie ist mit der Geschäftsstrategie konsistent und bewegt sich im Rahmen der Risikotragfähigkeit der SAB. Die aktuelle Risikostrategie zielt darauf ab, Neugeschäfte zu auskömmlichen und risikoadäquaten Margen in allen Bereichen der Bank anzustreben, insbesondere jedoch bei den Öffentlichen Kunden, der Eigentumsförderung und den institutionellen Wohnungsbaukunden. Im Rahmen des begrenzten Neugeschäftes wird eine bessere Diversifizierung des Kreditportfolios im Teilportfolio Mietwohnungsbau und eine Beibehaltung im Teilportfolio Eigentumsförderung angestrebt. Eine hohe Zinsanpassungsquote soll in allen Bereichen der Wohnungsbauförderung, insbesondere mit Kunden guter Ratingklassen, erreicht werden. Dies wird durch den Einsatz von risikoadjustierten Margen unterstützt. Der Informationsfluss zwischen dem Vorstand und der zweiten Führungsebene erfolgt im Rahmen eines Risikosteuerungskreises, dem so genannten Risikoausschuss. In diesem Ausschuss werden regelmäßig vom Vorstand sowie den Leitern der Abteilungen Risikomanagement, Controlling, Treasury, Organisation und Verwaltung und Innenrevision die für die Bank relevanten Risiken analysiert und bewertet. Unter der Federführung der Abteilung Controlling und unter Einbeziehung der Kreditabteilungen, der Abteilungen Risikomanagement, Innenrevision, Treasury, Organisation und Verwaltung sowie Informationstechnologie wird eine jährliche Risikoinventur durchgeführt. Im Rahmen der Risikoinventur werden Aussagen

zu Einzelrisiken in Form potentieller Belastungen der jährlichen GuV erarbeitet und darüber hinaus eine Einschätzung zur Steuerbarkeit der Risiken getroffen. Die Ergebnisse werden in einem Gesamtrisikoprofil zusammengeführt. Das Gesamtrisikoprofil der SAB wird im Wesentlichen durch die eingegangenen Kredit- und

Marktpreisrisiken bestimmt. Das strategische Risiko und das Reputationsrisiko sind hinsichtlich ihrer quantitativen Risikowirkung nicht eindeutig abgrenzbar, nicht abschätzbar und somit auch nicht limitierbar. Sie fließen vielmehr indirekt über die übrigen Risiken in die Risikobewertung ein.

Risikokategorie	Wesentlichkeit
Adressenausfallrisiken	ja
Marktpreisrisiken	ja
Operationelle Risiken	ja
Geschäftsrisiko	ja
Liquiditätsrisiko	nein
Strategisches Risiko	keine Bewertung
Reputationsrisiko	keine Bewertung

Unter Beachtung des Gesamtrisikoprofils wurde für alle Szenarien sichergestellt, dass die wesentlichen Risiken laufend abgedeckt sind und die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Das Risikodeckungspotential setzt sich aus dem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, der gebildeten Risikovorsorge, der Bürgschaft des Freistaates Sachsen, offenen Rücklagen sowie dem gezeichneten Kapital und sonstigem Ergänzungs- oder Nachrangkapital zusammen. Die Risikodeckungsmasse wird vor allem durch die Adressenausfallrisiken ausgelastet. Ein Teil wird zur Deckung der Marktpreisrisiken und operationeller Risiken benötigt. Darüber hinaus steht noch Risikodeckungsmasse für die Abdeckung unerwarteter Verluste zur Verfügung. Bei der Bürgschaft des Freistaates Sachsen

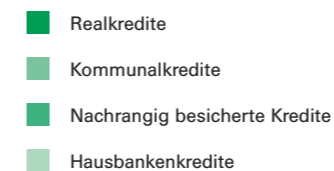
handelt es sich um die Einräumung eines Bürgschaftsrahmens von ursprünglich 250,0 Mio. €. Nach teilweiser Inanspruchnahme beträgt dieser derzeit noch 211,6 Mio. € und ist zum 31.12.2007 in Höhe von 170,5 Mio. € (2006: 197,1 Mio. €) belegt. Der Freistaat unterstützt die SAB, da die Konzentration des Adressenausfallrisikos im Kreditportfolio durch die sächsische Wohnungswirtschaft überwiegend aus der Umsetzung des Förderauftrages resultiert. Die Risikotragfähigkeit der SAB ist gegeben. Die Überwachung erfolgt GuV- und kapitalbezogen. Bei der GuV-Betrachtung wurde das Jahresergebnis 2007 nur teilweise durch die Risikovorsorgeprognose der SAB belegt. Kapitalbezogen liegt die Eigenkapitalquote nennenswert über der aufsichtsrechtlich geforderten Größe von 8%.

Risikoarten

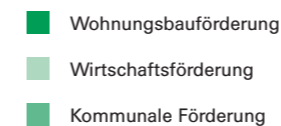
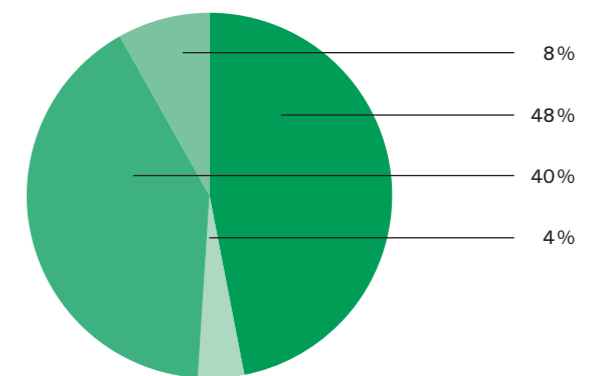
Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko beschreibt die Gefahr der Nichteinhaltung von Zahlungsverpflichtungen durch einen Kreditnehmer oder Kontrahenten innerhalb der vorgegebenen Frist. Es umfasst

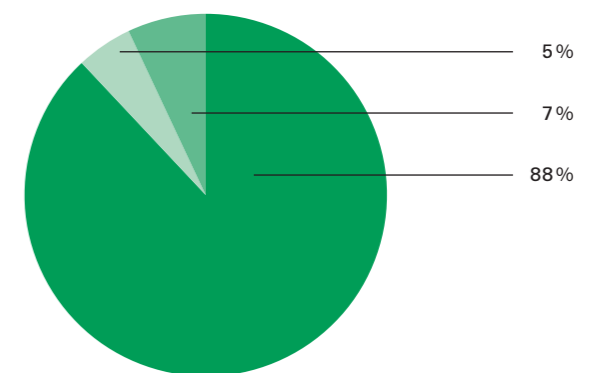
das Kreditrisiko einschließlich des Emittentenrisikos, das Kontrahentenrisiko, das Länderrisiko und das Beteiligungsrisiko. Kreditrisiko ist das Risiko, dass ein Vertragspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann.



Kreditqualität des Gesamtportfolios 2007



Volumenverteilung des Gesamtportfolios 2007



Das Kreditgeschäft der SAB basiert auf der Kreditrisikostategie. Diese ist Bestandteil der Risikostrategie und wird einmal jährlich überprüft und vom Vorstand beschlossen. Der Vorstand und der Verwaltungsrat erhalten vierteljährlich einen Kreditrisikobericht, um die Risikostruktur

und die Entwicklung des Kreditportfolios überwachen zu können. Die Adressenausfallrisiken werden in Risikoklassifizierungsverfahren erfasst und hinsichtlich Volumen und Qualität bewertet. Je nach Förderbereich wird außerdem die Verteilung nach

Regionen, Branchen und Größenklassen einbezogen. So fließt beispielsweise eine regionalisierte Wohnungsmarktanalyse in die Beurteilung von Wohnungsbauengagements ein. Bislang wurden 98% des Kreditportfolios nach Adressenausfallrisiken klassifiziert, wobei sich 49% in den Klassen 1 (keine erkennbaren Risiken) und 2 (keine bemerkenswerten Risiken) befinden. In den schlechtesten Klassen 7 und 8 befinden sich lediglich 13%, Tendenz sinkend.

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken erfolgt einzel- und gesamtgeschäftsbezogen. Einzelgeschäftsbezogen bedeutet, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers sowie der Wert der Sicherheiten turnusmäßig und gegebenenfalls anlassbezogen überwacht und ausgewertet werden. Das Vorgehen entspricht den Geschäftsprozessen der SAB. Die gesamtgeschäftsbezogene Steuerung stellt auf die Instrumente zur Beobachtung und aktiven Einflussnahme auf Teilportfolien und das gesamte Kreditportfolio ab. Die Einbeziehung der Adressenausfallrisiken erfolgt GuV-bezogen anhand der unterjährigen Entwicklung der Einzelwertberichtigungen sowie der Risikovorsorgeplanung. Die SAB unterscheidet die Teilportfolien Eigentum, Mietwohnungsbau (kommunal/genossenschaftlich; privater Mietwohnungsbau/Gewerbetreibende), Infrastruktur (Öffentliche Kunden), Umwelt und Landwirtschaft sowie Wirtschaft. Die Kundenstruktur ergibt sich aus der Zuweisung von Förderaufgaben an die SAB. Jedes risikorelevante Teilportfolio wird über spezifische Rating- und Scoringssysteme bewertet, überwacht und gesteuert. Diese Risikoklassifizierungssysteme werden regelmäßig im Rahmen von Backstetings überprüft.

Zur Risikofrüherkennung werden diese Risikoklassifizierungsverfahren mit kontenbezogenen Negativmerkmalen sowie Ausfallprognosen und Portfolioanalysen verzahnt. Zur speziellen unterjährigen Steuerung und Quantifizierung der Adressenausfallrisiken wird außerdem ein Risikovorsorgeprognosesystem angewandt. Das gesamte Kreditrisikoüberwachungs- und -steuerungsinstrumentarium fließt in ein Berichtswesen ein, das die dem Kreditportfolio immanenten Risiken transparent macht.

Die Erkenntnisse aus der Risikofrüherkennung werden für das Risikovorsorgeprognosesystem genutzt. Basierend auf den Erfahrungen der letzten Jahre, den Ausfallprognosen sowie der unterjährigen Entwicklung der Risikovorsorge erstellt die SAB eine Prognose der notwendigen Risikovorsorge.

Aufgrund ihres Förderauftrages und einer förderbedingten Konzentration auf das Immobiliengeschäft bestehen bei der SAB Klumpenrisiken. Diesem Umstand trägt die SAB durch besondere Beobachtung des sächsischen Wohnungsmarktes Rechnung.

Das Volumen des Kreditportfolios ist im Vergleich zum Jahr 2006 aufgrund geringer Zinsanpassungsquoten deutlich gesunken. Annähernd die Hälfte des Kreditportfolios besteht aus Krediten unter 0,5 Mio. €. Nennenswert ist auch der Anteil der Kredite über 5,0 Mio. € mit 36%. Es handelt sich i.d.R. um Investitionsdarlehen mit Laufzeiten über einem Jahr. Fast die Hälfte der Kredite ist durch Grundpfandrechte innerhalb des Realkredits gesichert. 39% sind im Wesentlichen nachrangig im Rahmen des Beleihungswertes gedeckt. Das Teilportfolio Eigentumsförderung hat ein Volumen von 2.757,0 Mio. € und verteilt sich auf ca. 29.000 Privatkunden. Die Kreditrisikorelevanz ist jedoch aufgrund der starken Differenzierung der Berufs- bzw. Branchenzugehörigkeit und der hohen Granularität gering. Die Zusammensetzung des Portfolios verschlechtert sich, da Kunden guter Bonität vermehrt ihre Darlehen ablösen. Zudem wurden Sondertilgungen zum Ablauf der Zinsbindungsfrist vorgenommen. Erkennbare Risiken in diesem Teilportfolio sind durch Einzelwertberichtigungen oder Pauschalwertberichtigungen abgedeckt.

Das Teilportfolio Mietwohnungsbau – kommunal/genossenschaftlich steht bezüglich seines Volumens von 1.865,5 Mio. € an zweiter Stelle. Dem Kreditrisiko steht die Ertragskraft der Kreditnehmer gegenüber, die u.a. durch die erzielten Mieten bestimmt wird. Am sächsischen Wohnungsmarkt vollzieht sich weiterhin ein tiefgreifender Strukturwandel. Dem Nachfragerückgang der vergangenen Jahre läuft die Anpassung des Wohnungsangebotes derzeit noch hinterher. Dabei verläuft die Entwicklung regional

sehr differenziert. Die eingeleiteten Stadtumbaumaßnahmen, insbesondere der Rückbau von 82.500 Mietwohnungen, tragen grundsätzlich zur Stabilisierung des Wohnungsmarktes bei. Die SAB fördert den Rückbau von Wohnungsbeständen. Eine signifikante Marktentlastung ist jedoch nur vereinzelt und regional begrenzt spürbar. Das günstige Marktzinsniveau trägt ebenfalls zur Stabilisierung der Wohnungswirtschaft bei. Die Margen sind, soweit möglich, risikoadjustiert gestaltet. Ob sich das latente Kreditrisiko realisiert, hängt vom Erfolg des Stadtumbauprozesses ab. Erkennbaren Risiken wurde über Einzelwertberichtigungen oder die Belegung des Bürgschaftsrahmens des Freistaates Sachsen Rechnung getragen.

Das Teilportfolio Mietwohnungsbau – privater Mietwohnungsbau/Gewerbetreibende ist mit 1.301,0 Mio. € das drittgrößte der SAB. Bei den ca. 3.300 Kreditnehmern überwiegen die privaten Investoren. Dieses Portfolio ist risikorelevant. Anders als die organisierte Wohnungswirtschaft wirken die privaten Investoren bislang kaum am Stadtumbauprozess mit.

Insgesamt stieg die Risikokonzentration der Teilportfolien Wohnungsbau aufgrund des Abschmelzens des Teilportfolios der Eigentumsförderung.

Das Teilportfolio Infrastruktur (Öffentliche Kunden) ist nicht risikorelevant. Die Forderungen aus dem Bereich Infrastruktur und Städtebau betragen per 31.12.2007 240 Mio. €.

Im Teilportfolio Umwelt und Landwirtschaft und im Teilportfolio Wirtschaft werden Förderungen überwiegend im Hausbankenverfahren (Förderdarlehen, Bürgschaften) ausgereicht. Die Kundengruppe der Banken enthält trotz des hohen Bestandes an Forderungen noch überschaubare Risiken. Die Kreditvergabe an Banken wird über Bankenlimite gesteuert.

Der Bereich des Teilportfolios Wirtschaft, der die Zielgruppe der Förderprogramme Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen, Krisenbewältigung und Neustart, Liquiditätshilfedarlehen der gewerblichen Wirtschaft und das Programm zur Rettung und Umstrukturierung von kleinen und mittleren Unternehmen repräsentiert, ist hinsichtlich seiner Größe von eher untergeordneter

Bedeutung. Die Risiken sind durch Einzelwertberichtigungen abgedeckt.

Adressenausfallrisiken im Wertpapierbereich (inklusive Schulscheindarlehen gegenüber dem Freistaat Sachsen) sind für die SAB bisher ebenfalls von untergeordneter Bedeutung. Das Treasury der SAB verfolgt eine konservative Anlagestrategie. Die erworbenen fest- und variabelverzinslichen Wertpapiere, davon zu einem bedeutenden Anteil Pfandbriefe und Kommunalobligationen, sind sämtlich im Investment-Grade-Bereich geratet. Neben der Voraussetzung eines Mindestratings der Ratingagenturen Standard & Poors, Moodys oder Fitch liegen der Anlageentscheidung zusätzlich eigene Erkenntnisse zugrunde. Konkret erfolgt eine eingehende Analyse der Bonität des Schuldners, der relevanten Märkte und der Art und Struktur des Finanzproduktes. Im Portfolio lagen zum 31.12.2007 zu 63% (Vorjahr: 60%) AAA-Adressen und zu 26% (Vorjahr: 29%) AA-Adressen. Der übrige Bestand lag ebenfalls ausschließlich im Investment-Grade-Bereich (vornehmlich A-Ratings). Die Anlagen sind breit gestreut und kleinteilig.

Im Bestand der SAB befanden sich zu keinem Zeitpunkt strukturierte Produkte, wie z.B. ABS-Papiere, verbriefte Subprime-Kredite oder synthetische Forderungen. Die konservative Anlagestrategie der Bank hat sich bewährt.

Kontrahentenrisiko ist das Risiko, dass durch den Ausfall eines Vertragspartners ein unrealisierter Gewinn aus schwebenden Geschäften nicht mehr vereinnahmt werden kann. Dieses Risiko wird als nicht wesentlich eingeschätzt. Die Kontrahenten der SAB müssen grundsätzlich ein Mindestrating von AA aufweisen.

Länderrisiko kann ein Kredit- oder Kontrahentenrisiko sein, welches nicht durch den Vertragspartner selbst, sondern aufgrund seines Sitzes im Ausland besteht. Wirtschaftliche oder politische Einflussnahme des Landes beeinflusst die Zahlung des zahlungsfähigen Vertragspartners. Da sich die Tätigkeit der SAB auf Sachsen beschränkt, ist das Kreditrisiko innerhalb des Länderrisikos kaum relevant. Es bestehen vereinzelte Wohnraumfinanzierungskredite an ausländische Kreditnehmer.

Der Erwerb ausländischer Anleihen ist beschränkt. Gemäß den Rahmenbedingungen für das Betreiben von Handelsgeschäften der SAB handelt es sich vornehmlich um Risiken aus EWWU-Teilnehmerländern. Eine Länderrisikovorsorge ist deshalb nicht notwendig.

Beteiligungsrisiko ist das Risiko, dass aus dem Zur-Verfügung-Stellen von Eigenkapital an Dritte Verluste entstehen. Das Risiko wird als nicht wesentlich eingeschätzt. Die SAB geht Beteiligungen ausschließlich aus strategischen Erwägungen im Rahmen des Förderauftrages ein. Das Beteiligungscontrolling erfolgt im Vorstandsstab.

Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko ist die Gefahr der Vermögenswertminderung aufgrund sich verändernder preisbildender Parameter, beispielsweise:

- ▶ Zinsen,
- ▶ Aktien,
- ▶ Währungen.

Das Zinsänderungsrisiko beschreibt die Schwankungen des Zinsüberschusses und Bewertungsergebnisses im Wertpapiergeschäft wegen der Veränderlichkeit der Zinsstrukturkurven. Dieses Risiko wird durch die SAB als wesentlich eingestuft. Refinanzierungen erfolgen weitestgehend fristenkongruent. Die SAB betreibt eine benchmarkorientierte Zinsbuchsteuerung. Die Überwachung des Zinsänderungsrisikos erfolgt auf Basis eines Varianz-Kovarianz-Modells. Zudem wird die Auswirkung eines standardisierten Zinschocks auf den Barwert des Zinsbuches ermittelt.

Die bei der Bank bestehenden Risiken resultieren ausschließlich aus dem zinstragenden Geschäft. Die Bank setzt zur Steuerung auch Derivate ein. Sämtliche Derivategeschäfte wurden zu Sicherungszwecken abgeschlossen. Die Messung des Zinsrisikos erfolgt sowohl barwertig über einen Value-at-Risk-Ansatz als auch GuV-orientiert. Die SAB hat keine Aktienrisiken. Die Beteiligung mit fünf Aktien am Europäischen Investitionsfonds (EIF) wurde wegen des strategischen

Charakters dieses Aktienbesitzes unter das Beteiligungsrisiko gefasst. Währungsforderungen und -verbindlichkeiten werden täglich zum aktuellen Kurs bewertet. Zum Bilanzstichtag bestanden keine Währungsrisiken. Fremdwährungsgeschäfte werden über Gegengeschäfte vollständig gesichert.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit durch einen unerwarteten Abfluss von Zahlungsmitteln oder fehlende Möglichkeiten der Zahlungsmittelbeschaffung. Zu den Liquiditätsrisiken gehören das Risiko unzureichender Marktliquidität und das allgemeine Finanzierungsrisiko. Letzteres untergliedert sich in das

- ▶ Liquiditätsanspannungsrisiko,
- ▶ Terminrisiko,
- ▶ Abrufisiko.

Liquiditätsrisiken wurden als unwesentlich eingestuft. Sie bestehen aufgrund der guten Bonität der SAB vor dem Hintergrund der Anstaltslast und Gewährträgerhaftung in nur sehr geringem Umfang. Die SAB profitiert von dem guten Rating des Freistaates Sachsen von AA+.

Das Risiko der unzureichenden Marktliquidität wird als sehr gering eingeschätzt. Die SAB betreibt kein Eigenhandelsgeschäft, sie ist Nicht-handelsbuchinstitut gemäß § 2 Abs. 11 KWG. Auch das allgemeine Finanzierungsrisiko, d.h. Zahlungsverpflichtungen aufgrund fehlender liquider Mittel nicht betrags- oder fristgerecht nachkommen zu können, wird als sehr gering eingeschätzt. Die SAB ist aufgrund der Anstaltslast und Gewährträgerhaftung sowie der Garantie des Freistaates am Interbankenmarkt ein gefragter Partner. Der SAB werden von ihren Partnern Limite eingeräumt, über die auch Liquiditätsschwankungen ausgeglichen werden können. Die Steuerung der Liquidität erfolgt über das Treasury und das Controlling, das täglich eine Liquiditätsübersicht erstellt. Entlastend wirkt, dass die SAB kein Einlagengeschäft betreibt. Die aufsichtsrechtlichen Regelungen zur Risiko-

begrenzung wurden sowohl quantitativ als auch qualitativ eingehalten. Dies gilt auch für die Einhaltung der Liquiditätsverordnung.

Die Liquiditätskennziffer bewegte sich im Jahr 2007 zwischen 2,01 und 3,51 (Vorjahr: 2,59 und 5,68). Die Überwachung obliegt dem Rechnungswesen der SAB.

Die Berichterstattung über Liquiditätsrisiken erfolgt seit Mai 2007 im Rahmen der Sitzungen des Risikoausschusses.

Die Liquiditätsrisiken gehen aufgrund ihres geringen Umfangs nicht in die Risikotragfähigkeitsberichterstattung ein.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Das rechtliche Risiko ist in dieser Definition eingeschlossen. Strategische und Reputationsrisiken werden nicht betrachtet.

Die operationellen Risiken werden als wesentlich eingeschätzt. Die Abteilung Controlling erfasst, analysiert, systematisiert und bewertet eingetretene Risiken seit 1.01.2007 bankweit in einer Schadensfalldatenbank. Systematische Fehler oder Risikohäufungen sind bislang nicht zu erkennen. Entscheidungen über Maßnahmen zur Risikosteuerung trifft der Vorstand, die Überwachung obliegt dem Controlling.

Die SAB verfügt über eine umfassende Notfallplanung. Der Parallelbetrieb mehrerer Rechenzentren gewährt die IT-Sicherheit. Des Weiteren existieren diverse Kontrollmechanismen, Dokumentationspflichten, Standardisierungen, Zugangsbeschränkungen sowie Versicherungen zu verschiedenen Aspekten.

In die Risikotragfähigkeitsberichterstattung gehen die operationellen Risiken mit dem Anrechnungsbetrag gemäß Solvabilitätsverordnung (Basisindikatoransatz) ein.

8. Prognosebericht

Wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen

Das ifo Institut für Wirtschaftsforschung geht nach der dynamischen Entwicklung des Wirtschaftswachstums in den Jahren 2006 (+2,9%) und 2007 (+2,5%) im Jahr 2008 von einer spürbaren Abschwächung der deutschen Konjunktur aus. Das reale BIP in Deutschland wird voraussichtlich um 1,8% zunehmen.

Die sächsische Wirtschaft dürfte, korrespondierend zu den vergangenen Jahren, auch 2008 stärker wachsen als die ost- und gesamtdeutsche Wirtschaft. Es ist damit zu rechnen, dass das reale BIP im Freistaat um 2,5% zunehmen wird. Die stärksten Impulse für das Wachstum sollen wiederum vom verarbeitenden Gewerbe ausgehen, das seine Bruttowertschöpfung im Vergleich zu 2007 um 6,6% steigern dürfte. Eine ähnlich positive Entwicklung ist für die unternehmensnahen Dienstleister zu erwarten, deren Wachstum ebenfalls über dem ostdeutschen Durchschnitt liegen dürfte. Eingetrübte Konjunkturaussichten liegen für das sächsische Baugewerbe vor, dessen Bruttowertschöpfung voraussichtlich um 3,8% sinken wird. Für den Handel in Sachsen wird, bedingt durch den Anstieg des privaten Verbrauchs, nach einem kräftigen Rückgang der Bruttowertschöpfung im Jahr 2007 (-4,3%) wieder ein leichtes Wachstum erwartet.

Die Entspannung am Arbeitsmarkt soll sich 2008 weiter fortsetzen. Die Zahl der erwerbstätigen Personen in Sachsen nimmt voraussichtlich um 1,3% zu.

Gemäß der 4. regionalisierten Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamts des Freistaates Sachsen werden der Bevölkerungsrückgang und die damit verbundene Alterung der Bevölkerung weiter anhalten. Bis zum Jahr 2020 wird die sächsische Bevölkerung voraussichtlich zwischen 6,0% bis 9,3% schrumpfen.

Nach dem Jahr 2010 ist mit hoher Wahrschein-

lichkeit mit einer zweiten Leerstandswelle im Wohnungsmarkt zu rechnen. Ab diesem Zeitpunkt führt der Echoeffekt des Einbruchs der Geburtenzahlen in den 90er Jahren zu Nachfragedefiziten. Anders als zu Beginn der laufenden Dekade ist mit einer teilweisen Kompensation durch den Anstieg der Zahl der Haushalte infolge des Trends zu Klein- und Kleinsthaushalten nicht mehr zu rechnen. Selbst wenn sich die „Renaissance der Städte“ verstärken sollte und weniger Eigenheime im Umland gebaut werden, ist allenfalls mit lokalen Nachfrageeffekten zu rechnen. Auf Landesebene wird sich die ungünstige Situation durch einen zunehmenden Angebotsüberschuss weiter verschärfen. Der Rückbau bleibt die zentrale städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Herausforderung. Den privaten Vermietern, die Eigentum an ca. 58% der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern haben, wird künftig eine wichtige Aufgabe im Stadumbauprozess zukommen.

Wesentliche Einflussfaktoren

Es ist Ziel der SAB, weitere Förderaufgaben vom Freistaat Sachsen zu übernehmen. Des Weiteren soll der Anteil des Darlehensgeschäftes am Neugeschäft erhöht werden. Bei ihrer Geschäftsentwicklung ist die SAB vom Volumen des Haushalts des Freistaates Sachsen und von der zweijährigen Haushaltsfestsetzung abhängig. Eine Sicherung der Ertragskraft der Bank hängt maßgeblich von dem Zinsanpassungs- und Prolongationsgeschäft im Wohnungsbau ab. In den zwei folgenden Jahren stehen erneut größere Teile des Darlehensbestandes der SAB zur Zinsanpassung an. Die Förderung aus den europäischen Strukturfonds kann im Jahr 2008 verstärkt fortgesetzt werden. Die neuen Leitlinien und Verordnungen der Europäischen Kommission der Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 werden dann vollständig ihre Umsetzung in der Praxis gefunden haben. Es kann damit gerechnet werden, dass nach Ablauf der Übergangsphase 2010 einzelne Regionen in Sachsen aus der Ziel-1-Förderung herausfallen und damit weniger Fördermittel zur Verfügung stehen. Das wird sich auf die Förderpolitik im Freistaat auswirken.

Entwicklungstrends

Das Neugeschäft der SAB in 2008 dürfte gegenüber dem Jahr 2007 um voraussichtlich rund 270 Mio. € zunehmen. Die Bank betreut bereits eine Vielzahl der wesentlichen Förderprogramme des Freistaates Sachsen. Die SAB erwartet, dass volumenbezogen bedeutsame Programme im Gegensatz zu den letzten Jahren in einem geringeren Umfang auf die SAB übertragen werden können.

Die Anzeichen für regional zunehmend unterschiedlich verlaufende Entwicklungen im Wohnungsmarkt verstärken sich. Die Wiederherstellung eines ausgeglichenen Wohnungsmarktes ist für den Freistaat Sachsen von großer Bedeutung. Der Erfolg des Stadumbauprozesses hängt von den Aktivitäten der organisierten Wohnungswirtschaft und dem Gelingen der Einbindung privater Investoren ab. Die SAB wird den gesamten Prozess weiterhin durch die Finanzierung des Rückbaus und durch die Sicherstellung der Liquidität der Wohnungswirtschaft begleiten. Unter bestimmten Bedingungen wird deshalb auch in der Zukunft Neugeschäft entsprechend der Risikostrategie der SAB zu risikoadäquaten Margen getätigt werden. Die Marktsättigung im Bereich eigengenutzter Wohnungen hält an, so dass in diesem Segment nur mit einem moderaten Neugeschäft zu rechnen ist. Der Trend des Abschmelzens des vorhandenen Darlehensbestandes kann verlangsamt, allerdings nicht gestoppt werden. In der Wirtschaftsförderung wird das Darlehensgeschäft weiter an Bedeutung gewinnen. Die Zuschussförderung aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) und die Technologieförderung bleiben aber noch auf lange Sicht die wichtigsten Instrumente im Bereich der Wirtschaftsförderung. Die Arbeitsmarktförderung über den Europäischen Sozialfonds gewinnt vor dem Hintergrund des regional auftretenden Fachkräftemangels weiterhin an Bedeutung.

Der Sektor Öffentliche Kunden soll weiter insbesondere hinsichtlich des Kommunalkreditgeschäftes ausgebaut werden. Einen inhaltlichen Schwerpunkt im Förderbereich Umwelt und Landwirtschaft wird das Thema regenerative

Energien (Investitionen in Biogasanlagen, Solaranlagen, Contracting) haben. Die SAB plant, diesen Sektor durch den Aufbau eines Teilportfolios weiter zu erschließen.

Ertrags- und Finanzlage

Die Erlösplanung berücksichtigt nur Programme, für die bereits ein Auftrag des Freistaates Sach-

sen vorliegt oder kurz vor dem Abschluss steht. Während die Provisionsüberschüsse aufgrund der Vielzahl der übertragenen neuen Programme zunächst ansteigen, später jedoch wieder abflachen werden, entwickeln sich die Zinsüberschüsse eher rückläufig.

Erste Einsparpotentiale aus dem Kostensenkungsprogramm werden erst Ende des Jahres 2008 wirksam.

Planung 2008

Angaben in Mio. €	Plan 2008
Zinsüberschuss	89,7
Provisionsüberschuss	37,5
ordentliche Aufwendungen	68,7
- davon Personalaufwendungen	43,9
- davon Sachaufwendungen	24,8
sonstiges Ergebnis	2,6
Jahresergebnis	61,1

Die SAB wird auch im Jahr 2008 ihre Anlagestrategie „Sicherheit geht vor Ertrag“ weiterführen. Anlagen erfolgen nur in fest- und variabelverzinslichen Wertpapieren und dabei zu einem bedeutenden Anteil in Pfandbriefen und Kommunalobligationen. Der Erwerb von ABS-Papieren, verbrieften Subprime-Krediten oder synthetischen Forderungen ist ausgeschlossen. Neben der Voraussetzung eines Mindestratings von einfach A der Ratingagenturen Standard & Poors, Moodys oder Fitch erfolgen Anlagen nur nach eingehender Analyse der Bonität des Schuldners, der relevanten Märkte und der Art und Struktur des Finanzproduktes. Instrumente, bei denen die

Risiken nicht hinreichend beurteilbar sind, dürfen nicht erworben werden.

Die Geschäftsleitung erwartet, dass das Betriebsergebnis vor Risikoversorge mittelfristig oberhalb einer Grenze von 50,0 Mio. € liegen wird.

Wir danken unseren Mitarbeitern für die geleistete gute Arbeit und die hohe Einsatzbereitschaft, insbesondere für die besonderen Anstrengungen in Verbindung mit der Erarbeitung und Umsetzung des Kostensenkungsprogramms. Des Weiteren gilt unser Dank dem Personalrat für eine pragmatische und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Unseren Kunden und Partnern danken wir für das entgegengebrachte Vertrauen und die gute Zusammenarbeit.

Dresden, 10.03.2008

Stefan Weber
Rainer Irmen
Gerd Pohland

Bericht des Verwaltungsrates 2007

Im Rahmen seiner satzungsmäßigen Aufgaben hat der Verwaltungsrat insbesondere die Tätigkeit der Geschäftsführung überwacht. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat und seine Mitglieder im mündlichen und schriftlichen Kontakt laufend über die wesentlichen Vorgänge der Bank informiert.

Der Verwaltungsrat trat am 26. März 2007, 18. Juni 2007, 24. September 2007 und 10. Dezember 2007 zu ordentlichen Sitzungen zusammen.

Im Kreditausschuss des Verwaltungsrates wurden Beschlüsse über Organkredite sowie über weitere in seine Zuständigkeit fallende Kreditengagements getroffen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007 wurden durch die zum Abschlussprüfer bestellte PwC Pricewaterhouse-Coopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Dem Verwaltungsrat wurden der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfungsbericht durch den Vorstand vorgelegt. Nach eigener Prüfung der Vorlagen stimmt der Verwaltungsrat dem Jahresabschluss und dem Ergebnis der Abschlussprüfung zu.

Der Verwaltungsrat beschließt, den Jahresüberschuss von T€ 955 zu 20% (= T€ 191) der satzungsmäßigen Rücklage zuzuführen und den Restbetrag von 80% (= T€ 764) in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Der Verwaltungsrat
Stanislaw Tillich
Vorsitzender

Förderbericht

Hinter der bloßen Zahl von 1.374,8 Mio. € Neugeschäftsvolumen verbirgt sich eine Vielzahl von Programmen, welche die SAB für den Freistaat Sachsen abwickelt.

Die folgenden Übersichten stellen die Fördervolumina aufgeschlüsselt nach den einzelnen Förderprogrammen dar.

Programm	Förderart	Bewilligungsvolumen in Mio. € 2007
Wohnungsbauförderung		
SAB-Förderergänzungsdarlehen	–	123,2
Energetische Sanierung	Darlehen	14,9
Energetische Sanierung	Tilgungszuschuss für energetische Bewertung	0,1
SAB-Wohneigentumsprogramm*	Zinsgünstige Darlehen	4,5
Mehrgenerationenwohnen	Darlehen	9,6
Durchleitung KfW-Darlehen, darunter:	–	42,1
CO ₂ -Gebäudesanierungsprogramm		9,1
Wohnraum Modernisieren		24,5
Ökologisch Bauen		3,7
Solarstrom Erzeugen		0,8
Wohneigentumsprogramm		4,1
Aufwendungszuschüsse	Zuschuss	0,1
Summe insgesamt		194,6
*refinanziert bei der KfW		
Infrastruktur- und Städtebauförderung		
Stadtumbau Ost – Rückbau	Zuschuss	54,8
Stadtumbau Ost – Aufwertung	Zuschuss	15,6
Städtebauliche Entwicklung und Erneuerung	Zuschuss	48,7
Städtebaulicher Denkmalschutz	Zuschuss	43,3
Soziale Stadt	Zuschuss	15,5
Investiver Sportstätten- und Vereinssportstättenbau	Zuschuss	9,8
Investiver Schulhausbau	Zuschuss	57,9
Pauschalförderung nach § 11 Abs. 3 SächsKHG	Zuschuss	48,2
Investive Förderung von Einrichtungen der Behindertenhilfe	Zuschuss	19,4
Kommunaldarlehen	Darlehen	34,9
Summe insgesamt		348,2

Programm	Förderart	Bewilligungsvolumen in Mio. € 2007
Wirtschaftsförderung		
GA-Förderung	Zuschuss	331,8
Mittelstandsförderung (ohne GA-Mittelstand)	Zuschuss	15,6
Gründungs- und Wachstumsfinanzierung*	Zinsverbilligte Darlehen	97,1
Regionales Wachstum	Zuschuss	5,9
Interreg IIIA	Zuschuss	12,7
KfW-Darlehen für MBG Sachsen und SBG	Darlehen	15,2
Rettung und Umstrukturierung von KMU	Darlehensmittel stellt der Freistaat zur Verfügung	2,6
Krisenbewältigung und Neustart (Massedarlehen, Neustartfinanzierung)	Darlehen	4,1
Krisenbewältigung und Neustart (Gutachterzuschuss)	Zuschuss	0,1
Konsolidierungs-/Liquiditätshilfe	Zinsverbilligte Darlehen	1,5
Sächsischer Consultant Fonds	Darlehen	0,2
Finanzierungen im Rahmen von Organschaftsverhältnisse	–	1,9
Technologieförderung, darunter:	Zuschuss	126,1
▶ Förderperiode 2000–2006		
Einzelbetriebliche FuE-Projektförderung, FuE-Verbundprojektförderung, Innovationsassistentenförderung, Technologiezentrenförderung		5,9
BA Sachsen		1,6
▶ Förderperiode 2007–2013		
FuE-Verbundprojektförderung		47,4
Einzelbetriebliche FuE-Projektförderung		36,5
Innovationsassistentenförderung		1,1
Technologietransferförderung		0,1
Forschungsinfrastruktur mit anwendungsnaher Ausrichtung		31,4
Forschungsvorhaben mit anwendungsnaher Ausrichtung		2,1
Bürgschaftsprogramm SAB	Bürgschaft	12,0
Summe insgesamt		626,9
*Der Freistaat bzw. die SAB verbilligt die ohnehin schon günstigen Darlehen der KfW Mittelstandsbank zusätzlich.		
Arbeitsmarktförderung		
Europäischer Sozialfonds, darunter:	Zuschuss	147,0
▶ Förderperiode 2000–2006		
Existenzgründerzuschüsse		3,7
Einstellungszuschüsse		4,1
Projektförderung (Weiterbildungsprojekte)		67,9

Programm	Förderart	Bewilligungsvolumen in Mio. € 2007
Berufliche Erstausbildung einschließlich GISA und LEP		0,9
▶ Förderperiode 2007–2013		
Überbetriebliche Lehrunterweisung		3,9
Ausbildungsplatzprogramm Ost/GISA und LEP		47,5
Landesprogramme Archivierung		1,0
Verbundausbildung		3,4
Ausbildungsplätze		0,6
ESF-Richtlinie berufliche Bildung		0,6
Richtlinie des SMS (berufsbegleitende Qualifizierung, Chancengleichheit, Anpassungslehrgänge für medizinisches Personal etc.)		11,7
Richtlinie des SMK (Berufs- und Studienorientierung, Vorhaben zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Alphabetisierung für Analphabeten etc.)		0,5
Richtlinie des SMJus zur beruflichen Qualifizierung Gefangener		1,2
ESF-Mikrodarlehen	Darlehen	4,5
Summe insgesamt		151,5
Umwelt- und Landwirtschaftsförderung		
Umweltförderung, darunter:		
Wasserwirtschaftliche Maßnahmen (FRW 2002)	Zinsverbilligte Darlehen	12,0
Landwirtschaftsförderung, darunter:		
Agrarinvestitionsförderprogramm AFP 21	Darlehen	1,7
Sonderprogramm zum Erwerb von land- und forstwirtschaftlichen Flächen	Zinsverbilligte Darlehen	1,8
Darlehen zur Verbilligung von Betriebsmitteln	Zinsgünstige Darlehen	2,1
Sonstige Förderung:		
Interreg III C „energy regio“	Zuschuss	0,4
WOS – Weltoffenes Sachsen für Toleranz und Demokratie	Zuschuss	1,7
Maßnahmen für die Bewältigung des demographischen Wandels	Zuschuss	0,4
Zuschüsse Operationelle Programme	Zuschuss	22,7
Investive Zuschüsse	Zuschuss	8,9
Sonstige Zuschüsse	–	1,9
Summe insgesamt		53,6
Geschäftsvolumen insgesamt		1.374,8

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2007

Aktiva

Aktiva	€	€	Vorjahr	T€
1. Barreserve				
a) Kassenbestand	18.259,23			14
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	3.279.579,65	3.297.838,88		3.161
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank	€ 3.279.579,65			
Vorjahr			T€ 3.161	
2. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig	103.867.483,52			136.094
b) andere Forderungen	1.146.565.934,46	1.250.433.417,98		767.786
3. Forderungen an Kunden		7.371.891.714,66		8.874.000
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	€ 3.399.981.968,19			
Vorjahr			T€ 4.018.081	
Kommunalkredite	€ 1.916.650.166,69			
Vorjahr			T€ 2.206.916	
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Anleihen und Schuldverschreibungen				
aa) von öffentlichen Emittenten	5.062.876,71			5.063
ab) von anderen Emittenten	1.248.484.679,99	1.253.547.556,70		1.157.915
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	€ 1.212.771.585,37			
Vorjahr			T€ 1.104.768	

Aktiva	€	€	Vorjahr	T€
5. Beteiligungen		3.847.289,20		2.962
darunter:				
an Kreditinstituten	€ 2.356.809,50			
Vorjahr			T€ 1.684	
6. Anteile an verbundenen Unternehmen		135.000,00		135
darunter:				
an Kreditinstituten	€ 0,00			
Vorjahr			T€ 0	
7. Treuhandvermögen		65.292.066,90		57.157
darunter:				
Treuhandkredite	€ 65.292.066,90			
Vorjahr			T€ 57.157	
8. Immaterielle Anlagewerte		908.540,00		1.314
9. Sachanlagen		39.076.476,97		39.392
10. Sonstige Vermögensgegenstände		4.979.216,91		4.961
11. Rechnungsabgrenzungsposten		16.362.282,68		14.413
Summe der Aktiva		10.009.771.400,88		11.064.367

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2007

Passiva

Passiva	€	€	€	Vorjahr T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		162.919,92		107
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		8.709.098.316,88	8.709.261.236,80	9.601.923
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, andere Verbindlichkeiten				
a) täglich fällig		271.111.931,04		353.706
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		209.425.646,68	480.537.577,72	170.710
3. Treuhandverbindlichkeiten				
			65.292.066,90	57.157
darunter:				
Treuhandkredite	€ 65.292.066,90			
Vorjahr	T€ 57.157			
4. Sonstige Verbindlichkeiten				
			47.596.463,73	24.210
5. Rechnungsabgrenzungsposten				
			184.341.106,36	214.706
6. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		5.264.000,00		4.020
b) Steuerrückstellungen		221.000,00		0
c) andere Rückstellungen		10.345.560,00	15.830.560,00	8.863
7. Nachrangige Verbindlichkeiten				
			140.081.477,22	263.090

Passiva	€	€	€	Vorjahr T€
8. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital				
aa) gezeichnetes Kapital	260.000.000,00			260.000
ab) Einlagen stiller Gesellschafter	50.000.000,00	310.000.000,00		50.000
b) Kapitalrücklagen		3.357.193,81		3.357
c) Gewinnrücklagen				
ca) satzungsmäßige Rücklagen	12.236.994,31			12.046
cb) andere Gewinnrücklagen	41.236.724,03	53.473.718,34		40.472
d) Bilanzgewinn		0,00	366.830.912,15	0
Summe der Passiva			10.009.771.400,88	11.064.367

	€	€	€	Vorjahr T€
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Verbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			0,00	0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			39.664.861,73	37.976
2. Andere Verpflichtungen				
a) unwiderrufliche Kreditzusagen			312.085.503,49	351.381

Dresden, 31.12.2007/10.03.2008

Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
 Stefan Weber
 Rainer Irmen
 Gerd Pohland

Gewinn- und Verlustrechnung 1. Januar bis 31. Dezember 2007
Aufwendungen und Erträge

Aufwendungen	€	€	€	Vorjahr T€
1. Zinsaufwendungen			441.559.183,82	495.339
2. Provisionsaufwendungen			0,00	0
3. Nettoaufwand aus Finanzgeschäften			0,00	0
4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	34.005.720,26			33.120
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung, darunter: für Altersversorgung € 2.430.605,87 Vorjahr T€ 4.054	8.281.784,88	42.287.505,14		9.899
b) andere Verwaltungsaufwendungen		20.699.188,01	62.986.693,15	19.749
5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			3.186.375,59	2.909
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen			6.636.832,45	1.540
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			124.222.574,54	126.877

Aufwendungen	€	€	€	Vorjahr T€
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligung, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			79.068,13	1
9. Sonstige Steuern			4.695,64	3
10. Jahresüberschuss			955.503,41	950
Summe der Aufwendungen			639.630.926,73	690.387

	€	€	€	Vorjahr T€
1. Jahresüberschuss			955.503,41	
2. Einstellung in Gewinnrücklagen				
a) in die satzungsmäßige Rücklage		191.100,68		
b) in die anderen Gewinnrücklagen		764.402,73	955.503,41	
3. Bilanzgewinn			0,00	

Erträge	€	€	€	Vorjahr T€
1. Zinserträge				
a) aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	479.396.145,92			548.661
b) aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	53.053.099,20	532.449.245,12		34.252
2. Laufende Erträge				
a) aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			0,00	0
b) aus Beteiligungen			7.286,25	0
c) aus Anteilen an verbundenen Unternehmen			0,00	0
3. Provisionserträge			34.400.443,80	37.297
4. Nettoertrag aus Finanzgeschäften			6.137,52	5
4. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			125.895,00	71
5. Sonstige betriebliche Erträge			12.641.919,04	10.101
6. Außerordentliche Erträge			60.000.000,00	60.000
Summe der Erträge			639.630.926,73	690.387

Dresden, 31.12.2007/10.03.2008

Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Stefan Weber
Rainer Irmen
Gerd Pohland

1. Vorbemerkung

Mit Wirkung vom 07.05.1996 erhielt die Sächsische Aufbaubank die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften im Sinne des § 1 Abs. 1 Nrn. 1–5 und 7–9 KWG. Sie nahm am 01.06.1996 ihren Geschäftsbetrieb auf. Das Betriebsanwesen befindet sich im Eigentum der Bank.

Die Sächsische Aufbaubank GmbH ist mit In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Errichtung der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (FörderbankG) am 12. Juli 2003 in eine Anstalt des öffentlichen Rechts umgewandelt worden. Der Freistaat Sachsen ist alleiniger Anteilseigner. Das Stammkapital von 260 Mio. € ist voll eingezahlt.

Die Bank erfüllt als zentrales Förderinstitut des Freistaates Sachsen die ihr durch die §§ 2 und 3 FörderbankG übertragenen Aufgaben. Die Geschäftstätigkeit umfasst insbesondere die Gewährung und Verwaltung von Darlehen, Zuschüssen und sonstigen Finanzierungshilfen sowie Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen auf den Gebieten Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktförderung, Technologieförderung, Wohnungs-, Städtebau- und Infrastrukturförderung, Landwirtschafts- sowie Umweltschutzförderung. Die Bank betreibt keine Wettbewerbsgeschäfte.

Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wurde wegen untergeordneter Bedeutung der Tochterunternehmen (SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH, Sächsisches Staatsweingut GmbH sowie Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH) und deren Beteiligungen gemäß § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

Die SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH ist nachgeordnetes Unternehmen im Sinne von § 10 a Abs. 2 KWG.

2. Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Förderbank- und Aktiengesetzes sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) erstellt. Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt gemäß der Formblätter 1 und 2 der RechKredV.

3. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB vorgenommen. Die speziellen Regelungen des § 340 e HGB für Kreditinstitute sind beachtet worden.

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, ausgewiesen.

Bei Gegenständen des Anlagevermögens werden planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer und bei Sachanlagen unter Beibehaltung der Vereinfachungsregeln vorgenommen. Die Abschreibung für die beweglichen und abnutzbaren Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens erfolgt linear. Außerplanmäßige Abschreibungen erfolgen bei dauernder Wertminderung. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere hat die Bank auch wie Anlagevermögen bewertet. Der Buchwert beträgt per 31.12.2007 1.240,4 Mio. € (ohne anteilige Zinsen). Bei über pari erworbenen Wertpapieren und Schuldscheindarlehen wird das Aufgeld entsprechend der Laufzeit zu Lasten des Zinsertrages aufgelöst. Das Nominalvolumen der nicht zum strengen Niederwertprinzip bewerteten Wertpapiere beläuft sich am Bilanzstichtag auf 1.241,3 Mio. €. Die vermiedenen Niederwertabschreibungen belaufen sich auf 8,0 Mio. €.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen für dauernde Wertminderungen, bilanziert.

Die Forderungen an Kunden und Kreditinstitute werden grundsätzlich zum Nennwert zuzüglich der Zinsabgrenzung ausgewiesen. Soweit Unterschiedsbeträge zwischen Nenn- und Auszahlungsbeträgen bestehen, die Zinscharakter haben, sind diese unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten aufgeführt und werden planmäßig über die Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer aufgelöst. Bearbeitungsgebühren werden sofort vereinnahmt. Angekaufte Forderungen werden mit ihrem Nominalwert angesetzt abzüglich eines

Korrekturpostens in Höhe der Differenz zu den Anschaffungskosten.

Den Kredit- und sonstigen Risiken wurde durch Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Kreditrisiken in der Eigentumsförderung bestehen pauschale Einzelwertberichtigungen. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung erfolgte in Anlehnung an das Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 10.01.1994. Wie im Vorjahr wurde die Differenz aus Zuführungen zu den Einzelwertberichtigungen und Auflösungen von Einzelwertberichtigungen als Ausfall im Sinne dieses Schreibens definiert. Die in die Bürgschaft des Freistaates einbezogenen Engagements wurden dabei wie einzelwertberichtigte Engagements behandelt.

Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sind von den Forderungen abgesetzt worden.

Die Eventualverbindlichkeiten werden in Höhe des verbürgten Kredites abzüglich der gebildeten Rückstellungen ausgewiesen. Die bestehenden Eventual-Rückgriffsforderungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sind in Höhe von T€ 34.540 durch Rückbürgschaften des Freistaates gesichert.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten sowie die nachrangigen Verbindlichkeiten und sonstigen Verbindlichkeiten sind mit den Rückzahlungsbeträgen zuzüglich der Zinsabgrenzung passiviert. Unterschiedsbeträge mit Zinscharakter zwischen Aufnahme- und Rückzahlungsbetrag werden unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und planmäßig über die Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer verteilt.

Im Jahr 1997 wurde die Unterstützungskasse der Sächsischen Aufbaubank e.V. gegründet. Für die noch auf die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – entfallenden Pensionsverpflichtungen besteht eine Rückstellung in Höhe von T€ 5.264. Die Pensionsverpflichtungen werden zum Teilwert auf Basis des Rechnungszinsfußes von 4,0%

nach versicherungsmathematischen Methoden entsprechend § 6 a EStG berechnet. Durch die Reduzierung des Rechenzinsfußes von 4,5% auf 4,0% ergab sich ein zusätzlicher Rückstellungsbetrag in Höhe von T€ 1.244.

Rückstellungen für Altersteilzeit (Blockmodell) erfolgten in Höhe von T€ 3.654. Der Rechnungszinsfuß beträgt 4,0%. Die Rückstellung für Aufstockungsbeträge und Abfindungszahlungen wurde auf Basis der Barwerte gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB gebildet. Durch die Reduzierung des Rechenzinsfußes von 4,5% auf 4,0% ergab sich ein zusätzlicher Rückstellungsbetrag in Höhe von T€ 22.

Die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um erkennbare Verpflichtungen angemessen zu berücksichtigen.

Rechnungsabgrenzungen wurden in angemessener Weise vorgenommen.

Die Agien für erworbene Schuldscheindarlehen bzw. Namenspapiere wurden im Berichtsjahr laufzeitanteilig zu Lasten des Zinsertrages abgegrenzt.

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten und Devisentermingeschäfte wurden unter Berücksichtigung des § 340 h HGB zum Kassakurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet bzw. bewertet.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit ihrem Anschaffungswert berücksichtigt. Die Grundstücke und Gebäude des Umlaufvermögens sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

4. KWG-Grundsätze

Die Bank hat den Grundsatz I gemäß § 10 KWG über das Eigenkapital während des gesamten Jahres eingehalten. Der Grundsatz II über die Liquidität wurde stets erfüllt.

5. Fristengliederung ausgewählter Bilanzposten der Aktiv- und Passivseite nach Restlaufzeiten

Andere Forderungen an Kreditinstitute (31.12.2007)	T€
bis 3 Monate	775.876
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	49.997
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	151.812
mehr als 5 Jahre	168.881
Summe	1.146.566
Vorjahr	767.786

Forderungen an Kunden (31.12.2007)	T€
bis 3 Monate	244.482
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	133.381
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	940.650
mehr als 5 Jahre	6.053.379
Summe	7.371.892
Vorjahr	8.874.000

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (31.12.2007)	T€
von öffentlichen Emittenten:	
bis 3 Monate	0
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0
mehr als 5 Jahre	5.063
Summe	5.063

von anderen Emittenten:	
bis 3 Monate	41.204
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	41.742
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	487.167
mehr als 5 Jahre	678.371
Summe	1.248.484
Summe gesamt	1.253.547
Vorjahr	1.162.978

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (31.12.2007)	T€
bis 3 Monate	520.176
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	890.440
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.735.317
mehr als 5 Jahre	4.563.165
Summe	8.709.098
Vorjahr	9.601.923

Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (31.12.2007)	T€
bis 3 Monate	5.926
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	55.000
mehr als 5 Jahre	148.500
Summe	209.426
Vorjahr	170.710

6. Erläuterungen zu einzelnen Bilanzpositionen

Forderungen an Kreditinstitute (31.12.2007)	T€
In dieser Position sind enthalten:	
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0
darunter: nachrangig	0
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	0

Forderungen an Kunden (31.12.2007)	T€
In dieser Position sind enthalten:	
Forderungen gegenüber Gesellschaftern	1.293.971
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	28.215
darunter: nachrangig T€	6.459
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	74.833
nachrangige Forderungen	15.209

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (31.12.2007)	T€
Von den in dieser Position ausgewiesenen Wertpapieren sind:	
börsennotiert	1.253.548
nicht börsennotiert	0
nicht nach Niederstwertprinzip bewertet	1.253.548

Treuhandvermögen	T€
Diese Position gliedert sich wie folgt:	
Forderungen an Kreditinstitute	14.875
Forderungen an Kunden	50.417
Summe	65.292
Vorjahr	57.157

Anlagevermögen (31.12.2007)	T€
Einzelheiten sind aus dem Anlagespiegel, Seite 46/47, ersichtlich.	

Sachanlagen (31.12.2007)	T€
Die für betriebliche Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude haben einen Bilanzwert in Höhe von	35.396
Die Büro- und Geschäftsausstattungen haben einen Bilanzwert in Höhe von	3.680

Sonstige Vermögensgegenstände (31.12.2007)	T€
In dieser Position sind enthalten:	
sonstige Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	33
sonstige Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	T€
In dieser Position sind enthalten:	
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	236.421
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	162
Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	0

Treuhandverbindlichkeiten (31.12.2007)	T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.196
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	64.096
Summe	65.292
Vorjahr	57.157

Sonstige Verbindlichkeiten (31.12.2007)	T€
In dieser Position sind enthalten:	
Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0

Rechnungsabgrenzungsposten (31.12.2007)	T€
Aktivseite	
Agioabgrenzung Schuldscheindarlehen	361
vorausbezahlte Gehälter	1.649
Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabebetrag und höherem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten	9.676
sonstige Aufwandsabgrenzungen	151
Derivate (Einmalzahlung Swap)	4.525
Summe	16.362
Vorjahr	14.413

Passivseite	
von Dritten im Voraus erhaltene Zinsverbilligungsmittel	158.009
Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten und höherem Nennbetrag von Forderungen	58
sonstige Ertragsabgrenzungen	26.274
Summe	184.341
Vorjahr	214.706

7. Erläuterungen zu einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlust-Rechnung

Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldverschreibungen (01.01.–31.12.2007)	T€
aus Darlehensforderungen	434.276
aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldverschreibungen	53.053
aus Geldanlagen	21.396
zinsähnliche Erträge	23.724
Summe	532.449
Vorjahr	582.913
Provisionserträge (01.01.–31.12.2007)	
Verwaltungskostenbeiträge	32.019
Provisionen aus Treuhandgeschäft	363
treuhänderisch verwaltete Fonds	1.652
sonstige	366
Summe	34.400
Vorjahr	37.297

Laufende Erträge	T€
Beteiligungen	7
Vorjahr	0

Sonstige betriebliche Erträge	T€
In dieser Position sind enthalten:	
Erstattungen durch den Freistaat Sachsen	8.651

Außerordentliche Erträge	T€
Kapitalverstärkung durch den Freistaat Sachsen	60.000

Zinsaufwendungen (01.01.–31.12.2007)	T€
aus Refinanzierungen (davon aus nachrangigen Verbindlichkeiten T€ 11.021)	430.316
sonstige	11.243
Summe	441.559
Vorjahr	495.339

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen (01.01.–31.12.2007)	T€
a) Personalaufwand	42.287
b) andere Verwaltungsaufwendungen	
▶ Dienstleistungen L-Bank – Förderbank	5.469
▶ Beratungs- und Prüfungskosten/Beiträge	3.543
▶ Gebäudeaufwendungen	3.230
▶ Aufwand Leiharbeitnehmer	2.418
▶ Aufwendungen EDV und Wartung	1.641
▶ Kosten Consultbüros (ESF)	900
▶ sonstige	3.498
Summe	20.699
Summe gesamt	62.986
Vorjahr	62.768

Der Ausweis der Vorjahreswerte in der GuV-Position Allgemeine Verwaltungsaufwendungen wurde korrigiert und die Unterposition aa) Löhne und Gehälter um T€ 3.127 vermindert bzw. die Unterposition ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung um T€ 3.127 erhöht.

8. Sonstige Angaben

Das Nominalvolumen der abgeschlossenen derivativen Geschäfte betrug zum 31.12.2007 4.681 Mio. €. Diese Geschäfte wurden ausschließlich zur Sicherung von Positionen des Bankbuchs getätigt. Devisentermingeschäfte wurden in Höhe von T€ 81 abgeschlossen. Von den nachrangigen Verbindlichkeiten von

insgesamt nominell T€ 137.000 übersteigen folgende Schuldscheindarlehen 10% des Gesamtbetrages:

T€ 25.000	Verzinsung 5,85% Laufzeit bis 02.01.2017
T€ 15.000	Verzinsung 3,66% Laufzeit bis 06.10.2023

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung sowie eine Umwandlungsmöglichkeit in eine andere Schuldform sind nicht gegeben. Die Darlehensbedingungen entsprechen den Anforderungen gemäß § 10 Abs. 5 a KWG. Die Darlehen sind in den Jahren 2011 bis 2026 endfällig. Die stillen Einlagen betragen insgesamt T€ 50.000. Zwei Einlagen übersteigen 10% des Gesamtbetrages (T€ 25.000 und T€ 15.000 mit je 5,75% Verzinsung und Laufzeit bis zum Jahre 2011

vereinbart). Die Bedingungen entsprechen den Anforderungen gemäß § 10 Abs. 4 KWG.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Refinanzierungsdarlehen) sind teilweise durch Abtretung von Kundenforderungen besichert. Ferner wurden per 31.12.2007 Wertpapiere und Schuldscheindarlehen der Deutschen Bundesbank in Höhe von nominal T€ 1.642.000 zur Besicherung von Krediten verpfändet.

Fremdwährungsforderungen (davon T€ 193.405 außerbilanziell) und -verbindlichkeiten bestehen jeweils im Gegenwert von T€ 348.005. Die Bewertung erfolgte zum Kassakurs am Bilanzstichtag.

Im Beteiligungsbereich bestehen Einzahlungsverpflichtungen für ausstehende, bisher nicht eingeforderte Einlagen auf das gezeichnete Kapital in Höhe von 4,0 Mio. €.

Beteiligungsspiegel

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – besitzt folgende Anteile an anderen Unternehmen in Höhe von mindestens 20%:

Name/Sitz	Eigenkapital per	Beteiligungsquote	Ergebnis	
	31.12.2006	Stammkapital	2006	
	T€	T€	T€	
SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH, Dresden	18.492	100%	110	469
Sächsisches Staatsweingut GmbH, Radebeul	-2.591	100%	25	-2.270
Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH, Dresden	91	100%	25	31
Sächsische Energieagentur – SAENA GmbH, Dresden	0	49%	25	0

Die Sächsische Staatsweingut GmbH, Radebeul, besitzt folgende Anteile an anderen Unternehmen in Höhe von mindestens 20%.

Name/Sitz	Eigenkapital per	Beteiligungsquote	Ergebnis	
	31.12.2006	Stammkapital	2006	
	T€	T€	T€	
Wein- und Sektkontor Radebeul GmbH, Radebeul	25	100%	25	-88
Sektkellerei Wackerbarth GmbH, Radebeul	39	100%	50	-1

9. Angaben zur Steuerpflicht

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – ist aufgrund ihrer Förderaufgaben von Ertrags- und Vermögenssteuern befreit.

10. Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

Die Bank beschäftigte ohne Vorstand und Auszubildende im Jahresdurchschnitt 681 tariflich und 91 außertariflich bezahlte Mitarbeiter (insgesamt somit 772).

11. Gesamtbezüge und Darlehen der Organe

Die Gesamtbezüge des Vorstandes, ohne Arbeitgeber-Anteile zur Sozialversicherung, im Geschäftsjahr 2007 betragen T€ 770. An Mitglieder des Verwaltungsrates wurden T€ 8,8 gezahlt.

Darlehen an Mitglieder des Verwaltungsrates wurden in Höhe von T€ 235 gewährt (Zinssätze 4,40% bis 4,70%, Restlaufzeiten von 2009 bis 2020). Die Tilgungen betragen T€ 7,4.

Für ein ausgeschiedenes Vorstandsmitglied wurden Bezüge in Höhe von T€ 96 gezahlt.

Für frühere Mitglieder des Vorstandes wurden Rückstellungen für die Anwartschaft auf Pensionen in Höhe von T€ 366 gebildet.

12. Organe der Bank

Vorstand

Stefan Weber
Vorsitzender des Vorstandes
Dresden

Rainer Irmen
Mitglied des Vorstandes
Dresden

Gerd Pohland
Mitglied des Vorstandes
Dresden

Verwaltungsrat

Stanislaw Tillich
Vorsitzender
Sächsisches Staatsministerium der Finanzen
Staatsminister
Dresden
(ab 28.09.2007)

Dr. Horst Metz
Vorsitzender
Sächsisches Staatsministerium der Finanzen
Staatsminister
Dresden
(bis 27.09.2007)

Thomas Jurk
stellvertretender Vorsitzender
Sächsisches Staatsministerium für
Wirtschaft und Arbeit
Staatsminister
Dresden

Uwe Albrecht
Bürgermeister
Dezernat Wirtschaft und Arbeit
Stadtverwaltung Leipzig

Christian Brand
Vorsitzender des Vorstandes
Landeskreditbank Baden-Württemberg
– Förderbank
Karlsruhe

Helma Orosz
Sächsisches Staatsministerium
für Soziales
Staatsministerin
Dresden

Joachim Hoof
Vorsitzender des Vorstandes
Sachsen-Finanzgruppe
Leipzig

stellvertretende Mitglieder

Hermann Winkler
Sächsische Staatskanzlei
Staatsminister
Dresden
(bis 06.11.2007)

Dr. Hartmut Mangold
Sächsisches Staatsministerium für
Wirtschaft und Arbeit
Staatssekretär
Dresden
(ab 08.10.2007)

Christoph Habermann
Sächsisches Staatsministerium für
Wirtschaft und Arbeit
Staatssekretär
Dresden
(bis 31.07.2007)

Ronald Weckesser
Mitglied des Sächsischen Landtages
Dresden

Jürgen Hägele
stellv. Vorsitzender des Vorstandes
Landeskreditbank
Baden-Württemberg – Förderbank
Karlsruhe

Dr. Albert Hauser
Sächsisches Staatsministerium
für Soziales
Staatssekretär
Dresden

Arbeitnehmervertreter

Herbert Bach
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Personalratsvorsitzender
Dresden

Christiane Heerdegen
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellte
Dresden

André Finger
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellter
Dresden

stellvertretende Mitglieder

Bernd Diethold
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellter
Dresden

Sabine Ulrich
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellte
Dresden

Dr. Dorothea Wunsch
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Angestellte
Dresden

Mandate

Stefan Weber, Vorsitzender des Vorstandes, übt folgende Mandate aus:

- ▶ seit dem 15.11.2005 im Aufsichtsrat der STESAD GmbH (Stadtentwicklungs- und Sanierungsgesellschaft)
- ▶ seit dem 01.06.2007 im Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft mbH Hoyerswerda
- ▶ seit dem 20.06.2007 im Aufsichtsrat der Sächsischen Energieagentur – SAENA GmbH

Rainer Irmen, Mitglied des Vorstandes, übt folgende Mandate aus:

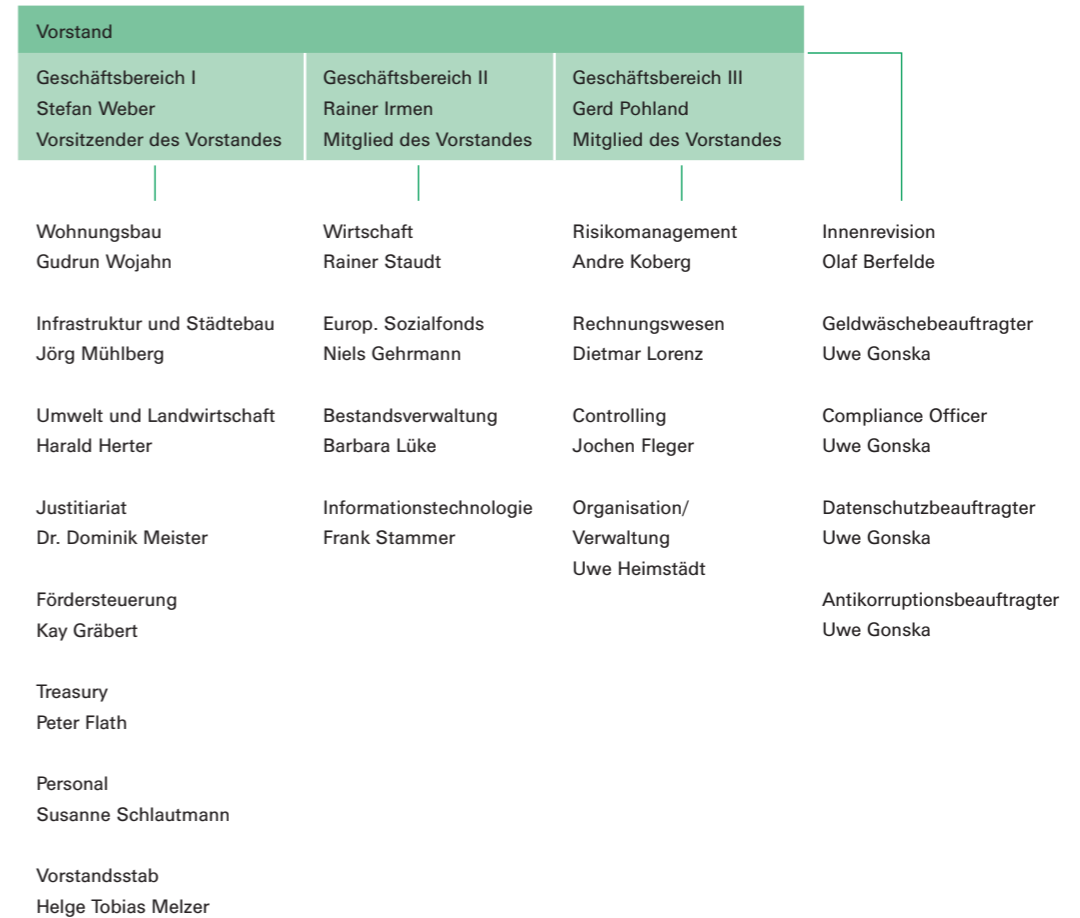
- ▶ seit dem 08.06.2005 im Aufsichtsrat der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH
- ▶ seit dem 14.06.2005 im Beirat der RKW Sachsen GmbH Dienstleistung und Beratung

13. Verwendung des Jahresüberschusses

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2007 von 955.503,41 € in Höhe von 20% (= 191.100,68 €) der satzungsmäßigen Rücklage zuzuführen und den Restbetrag von 80% (= 764.402,73 €) in die andere Gewinnrücklage einzustellen.

Dresden, 10. März 2008

Stefan Weber
Rainer Irmen
Gerd Pohland



Anlagespiegel

	Anschaffungs-	Um-	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen		Um-	Zugänge	Abgänge	Stand	kumulierte	kumulierte	Buchwerte	
	kosten				Stand	Stand							Stand	Stand
	Stand	buchungen			31.12.2007	01.01.2007	buchungen			31.12.2007	Auflösung	Zuschrei-	31.12.2007	31.12.2006
	01.01.2007										Agio	bungen		
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
I. Finanzanlagen														
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (ohne HB)	1.153.051	0	140.398	51.934	1.241.515	0	0	0	0	0	1.080	17	1.240.452	1.152.067
Beteiligungen	2.962	0	885	0	3.847	0	0	0	0	0	0	0	3.847	2.962
Anteile an verbundenen Unternehmen	3.160	0	0	0	3.160	3.025	0	0	0	3.025	0	0	135	135
Summe	1.159.173	0	141.283	51.934	1.248.522	3.025	0	0	0	3.025	1.080	17	1.244.434	1.155.164
II. Immaterielle Anlagewerte														
	7.443	0	403	1	7.845	6.128	0	809	1	6.936	0	0	909	1.314
III. Sachanlagen														
Grundstücke und Gebäude	41.979	0	697	995	41.681	5.835	0	1.154	704	6.285	0	0	35.396	36.342
Anlagen im Bau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	14.889	0	1.684	1.368	15.205	11.903	0	1.012	1.327	11.588	0	0	3.617	2.986
Kunstgegenstände	64	0	0	0	64	0	0	0	0	0	0	0	64	64
Geringwertige Wirtschaftsgüter	1.404	0	211	217	1.398	1.404	0	211	217	1.398	0	0	0	0
Summe	58.336	0	2.592	2.580	58.348	19.142	0	2.377	2.248	19.271	0	0	39.077	39.392
Summe gesamt	1.224.952	0	144.278	54.515	1.314.715	28.295	0	3.186	2.249	29.232	1.080	17	1.284.420	1.195.870

Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumina

in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte	Marktwerte
	Vorjahr	Berichtsjahr	positiv Berichtsjahr	negativ Berichtsjahr
Zinsrisiken				
Zinsswaps	4.158	4.437	118	66
FRAs	0	0	0	0
Zinsoptionen				
Käufe (long)	0	0	0	0
Verkäufe (short)	0	0	-	-
Caps, Floors	7	7	0	0
Börsenkontrakte	0	0	-	-
sonstige Termingeschäfte	0	0	0	0
Zinsrisiken gesamt	4.165	4.444	118	66
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte, -swaps	0	0	0	0
Währungs-, Zinswährungsswaps	237	237	0	44
Devisenoptionen				
Käufe (long)	0	0	0	0
Verkäufe (short)	0	0	-	-
Börsenkontrakte	0	0	-	-
sonstige Termingeschäfte	0	0	0	0
Währungsrisiken gesamt	237	237	0	44

in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte	Marktwerte
	Vorjahr	Berichtsjahr	positiv Berichtsjahr	negativ Berichtsjahr
Aktien- und sonstige Preisrisiken				
Aktientermingeschäfte	0	0	0	0
Aktienoptionen				
Käufe (long)	0	0	0	0
Verkäufe (short)	0	0	-	-
Börsenkontrakte	0	0	-	-
sonstige Termingeschäfte	0	0	0	0
Aktien- und sonstige Preisrisiken gesamt	0	0	0	0
Kreditderivate				
Käufe (long)	0	0	0	0
Verkäufe (short)	0	0	0	0
Kreditderivate gesamt	0	0	0	0

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung

in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte	
	Vorjahr	Berichtsjahr	positiv Berichtsjahr	negativ Berichtsjahr
Banken in der OECD	4.402	4.681	118	110
Banken außerhalb der OECD	0	0	0	0
Öffentliche Stellen in der OECD	0	0	0	0
sonstige Kontrahenten *)	0	0	0	0
Gesamt	4.402	4.681	118	110

*) inkl. Börsenkontrakte

Derivative Geschäfte – Handelsgeschäfte

in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte	
	Vorjahr	Berichtsjahr	positiv Berichtsjahr	negativ Berichtsjahr
Zinskontrakte	0	0	0	0
Währungskontrakte	0	0	0	0
Aktienkontrakte	0	0	0	0
Kreditderivatekontrakte	0	0	0	0
Handelsgeschäfte gesamt	0	0	0	0

Derivative Geschäfte – Fristengliederung

Nominalwerte in Mio. €	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Kreditderivate	
	Vorjahr	Berichtsjahr	Vorjahr	Berichtsjahr	Vorjahr	Berichtsjahr	Vorjahr	Berichtsjahr
Restlaufzeiten								
- bis 3 Monate	0	0	0	0	0	0	0	0
- bis 1 Jahr	123	265	0	0	0	0	0	0
- bis 5 Jahre	770	882	107	107	0	0	0	0
- über 5 Jahre	3.272	3.297	130	130	0	0	0	0
Gesamt	4.165	4.444	237	237	0	0	0	0

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank –, Dresden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kon-

trollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Dresden, den 11. März 2008
PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Roman Berninger	ppa. Knut Friedemann
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

